



Wahlprogramm

Kommunalwahl am 14. März 2021

Bündnis 90/Die Grünen Offenbach



ZUKUNFT MACHEN
WIR ZUSAMMEN

www.zukunft-offenbach.de



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Offenbach Stadt

Domstraße 87 – 89
63067 Offenbach
Tel. 069/823272

Mail: info@gruene-offenbach.de
www.gruene-offenbach.de

Layout: Petra Baumgardt
Druck: Imprenta, Obertshausen
Fotos: © Petra Baumgardt, Kai Schmidt, Sabine Groß,
Nattanan23 – pixabay, Rawpixel.com – AdobeStock

Vi.S.d.P.: Bündnis 90/Die Grünen, KV Offenbach-Stadt, Birgit Simon

Offenbachs Zukunft machen wir zusammen

Vorwort:

Wegen Corona – Klimaschutz bleibt das zentrale Thema der Zukunft 06

I. Stadtklima

1. Umwelt- und Klimaschutz	08
2. Energie und Energieversorgung	09
3. Klima	12
4. Nachhaltigkeit	16
5. Mobilität	19
6. Stadtentwicklung	29

II. Sozial und fair

1. Wohnen	33
2. Erwerbslosigkeit	34
3. Gesundheit	35
4. Kinder und Jugendliche	36
5. Senior*innen	38
6. Vielfalt	38

III. Bildung

1. Kitas	45
2. Schule	46
3. Bildungsort Offenbach	49

IV. Frauen

.....	51
-------	----

V. Beteiligung und Engagement

1. Vereine	56
2. Bürger*innenbeteiligung	57

VI. Finanzen und Stadtkonzern

1. Steuern und Finanzen	58
2. SOH und Stadtverwaltung	60

VII. Wirtschaft

1. Wirtschaftsförderung	62
2. Digitalisierung und Datenschutz	62
3. Innenstadt und Einzelhandel	64

VIII. Kultur, Sport, Freizeit

1. Kultur	65
2. Sportstadt Offenbach	68

Die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 2021

71

Wahlprogramm

Kommunalwahl am 14. März 2021

Bündnis 90/Die Grünen Offenbach



ZUKUNFT MACHEN
WIR ZUSAMMEN

VORWORT

Wegen Corona – Klimaschutz bleibt das zentrale Thema der Zukunft

Die Corona-Pandemie führt uns deutlich vor Augen, wie verletzlich wir sind und wie stark sich globale Ereignisse und Veränderungen auf unser aller Leben auswirken können. Von der Kita, Schule über Ausbildungsplätze, Arbeitsplätze, Mobilität, Kunst, Kultur und das soziale Leben sind alle Bereiche durch die Pandemie getroffen. Kommunal befürchten wir Einnahmeausfälle bei der Gewerbe- und Einkommensteuer.

Und wir fragen uns: Welche Veränderungen werden von vorübergehender Erscheinung sein – was wird dauerhaft Bestand haben? Wird in einem Jahr alles wieder wie vorher sein oder wird unser Leben dauerhaft von der Pandemie beeinträchtigt werden? Wird es dauerhaft Veränderungen in Wirtschaft, Arbeitswelt und unseren Schulen geben?

Welche Veränderungen haben auch positive Wirkungen auf unsere Gesellschaft? Welche nicht?

Alle diese Fragen lassen sich zurzeit kaum beantworten – sie werden aber das politische Handeln in den nächsten Jahren beeinflussen.

Aber eine Folge ist bereits sicher: Weniger Steuern bedeuten weniger Einnahmen, wachsender Unterstützungsbedarf schlägt sich in höheren Ausgaben nieder. Angesichts dieser Lage werden die Debatten um die städtischen Ausgaben in den kommenden Monaten und Jahren härter werden.

Die Corona-Pandemie verdeutlicht uns nochmals, wie wichtig es ist, an unseren Klimaschutzziele festzuhalten. Für uns GRÜNE sind Klimaschutz und -anpassung sowie soziale Gerechtigkeit mehr als nur wünschenswerte Ziele. Sie sind dringend notwendig und kommen zugleich den Menschen direkt zugute – sei es als notwendige Vorsorge vor den Folgen der Klimaerwärmung oder als wichtiger Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft.

Auch wenn in den vergangenen Monaten die ganze Aufmerksamkeit der weltweiten Corona-Krise galt – mit dem Klimawandel rollt eine viel größere und dramatischere Veränderung auf unsere Gesellschaft zu, deren Folgen nachfolgende Generationen zutiefst verändern werden.

Wir GRÜNEN Offenbach wollen mit diesem Kommunalwahlprogramm deshalb konsequent die Weichen in der Stadtpolitik für die nächsten Jahre stellen und die notwendigen Veränderungen weiter vorantreiben. Das heißt konkret:

- Ausstieg aus der Kohleverbrennung auch hier in Offenbach.
- Eine echte Verkehrswende und mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.
- Eine gerechte und faire Sozialpolitik sowie echte Teilhabemöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen am kulturellen, sozialen und politischen Leben unserer Stadt.

Denn nur gemeinsam, und das ist langfristig vielleicht die wichtigste Lehre aus der Corona-Pandemie, können wir die zukünftigen Herausforderungen meistern. In diesem Sinne noch eine wichtige Bitte zum Schluss: Gehen Sie am 14. März 2021 wählen und bestimmen Sie die Zusammensetzung Ihres Offenbacher Stadtparlaments mit. Sie haben die Wahl!

Wir freuen uns, wenn Sie mit uns über die GRÜNEN Ziele für Offenbach ins Gespräch kommen wollen. In den kommenden Wochen wird es dazu online und offline Gelegenheit geben, kommen Sie gerne auf uns zu!

Bleiben Sie gesund!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Offenbach Stadt

Sie erreichen uns unter

- www.gruene-offenbach.de
- facebook.com/gruene-offenbach.de
- <https://twitter.com/grueneof>
- https://www.instagram.com/gruene_of
- **per E-Mail: info@gruene-offenbach.de und**
- **telefonisch: 069 / 823272**



I. Stadtklima



ZUKUNFT MACHEN
WIR ZUSAMMEN

1. Umwelt- und Klimaschutz

Der Klimawandel – besser gesagt die Klimakrise – ist längst in Offenbach angekommen. Die zentrale Herausforderung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird die Begrenzung der Folgen des Klimawandels sein, durch gezielte Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen.

Erst schleichend, dann immer spürbarer wirkt sich die Temperaturzunahme auch auf unser Stadtklima aus. Anhaltende Hitzewellen im Sommer sind für viele Bürger*innen Offenbachs eine große gesundheitliche Belastung. Die Trockenheit hinterlässt geschädigte Wälder, Gärten und Parkanlagen, geschrumpfte Trinkwasser-Reserven und Ernterückgänge. Das städtische Grün leidet, selbst Bäume sterben ab. Offenbach hat 2019 1.000 städtische Bäume verloren. Was wir heute an Unwetterkapriolen und -katastrophen sehen, sind die Auswirkungen eines globalen Temperaturanstiegs von bisher 1,5 Grad Celsius. Bei einem „Weiter so!“ müssten wir jedoch mit einem globalen Temperaturanstieg von 4 Grad Celsius in einigen Jahrzehnten rechnen. Damit die Folgen des Klimawandels beherrschbar bleiben, muss der globale Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden.

Die Transformation zu einem klimaneutralen und zukunftsfähigen Leben und Wirtschaften muss und kann gelingen! Wir GRÜNEN setzen uns für entschlossenen Klimaschutz ein, und zwar auf allen Ebenen: in Europa, Deutschland, Hessen und auch in Offenbach.

- Wir fordern und setzen uns dafür ein: Offenbach wird bis 2035 klimaneutral!

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen in der kommenden Wahlperiode wichtige Richtungsentscheidungen getroffen werden. Wir GRÜNEN setzen auf

- eine klimafreundliche und effizientere Energieversorgung, die die Potenziale für erneuerbare Energien konsequent nutzt, die Energieeffizienz und Energieeinsparung vorantreibt und damit die Emissionen an Treibhausgasen radikal senkt, und
- eine vorausschauende und durchdachte Klimaanpassung: Bei allen Maßnahmen der Stadtgestaltung müssen die bereits unvermeidbaren Effekte des Klimawandels berücksichtigt werden.

Unter Mitwirkung von uns GRÜNEN hat die Stadt Offenbach Konzepte für einen integrierten Klimaschutz und für die Anpassung an den Klimawandel erarbeitet und beschlossen.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese Konzepte konsequent umgesetzt und kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Der mit Abstand größte Anteil an benötigter Endenergie entfällt auf Wärme. Der nachhaltige, klimaneutrale Umbau der Wärmeversorgung ist daher entscheidend für die Erreichung der Klimaziele. Gleichzeitig gilt es, die Stromerzeugung mit erneuerbaren Energieträgern im Stadtgebiet auszubauen – dort, wo die Energie auch benötigt wird und der Bedarf steigt, zum Beispiel durch die Digitalisierung in Schule, Arbeitswelt und Freizeit, energieintensive Rechenzentren und E-Mobilität.

2. ENERGIE UND ENEGIEVERSORGUNG

Kohleausstieg

Der Energieträger Kohle ist umweltschädlich: Vom Abbau über den Transport bis zur Verfeuerung und Entsorgung der Aschen und Stäube ist die Umweltbilanz von Kohle vernichtend schlecht. Wir GRÜNEN fordern daher den konsequenten, zeit-

nahen Kohleausstieg, in Deutschland und auch in Offenbach. Das Kohlekraftwerk am Offenbacher Hafen ist der größte CO₂-Treibhausgas-Emittent der Stadt. Die Stadt Offenbach soll zusammen mit der EVO als Betreiberin des Kraftwerks bis zur Mitte der Legislaturperiode einen konkreten Ausstiegsplan vorlegen, der mit dem klimafreundlichen Umbau der Fernwärmeversorgung verbunden ist.

Wir GRÜNEN fordern, die Kohleverbrennung zurückzufahren und bis zum Jahr 2026 komplett einzustellen.

Fernwärmeversorgung

Das Offenbacher Fernwärmenetz versorgt weite Teile des Stadtgebiets mit Wärmeenergie. Das soll auch so bleiben, aber die Transformation von vorwiegend kohlebasierten Fernwärmenetzen zur klimafreundlichen Wärmeversorgung muss umgesetzt werden.

Wir GRÜNEN machen uns stark für die Offenbacher Wärmewende. Wir fordern, dass Stadt und Energieversorger zusammen ein Konzept entwickeln für die verlässliche, klimafreundliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Fernwärmeversorgung.

Zu prüfen und zu nutzen sind dabei die vorhandenen Potenziale von Abwärme im Stadtgebiet und die Möglichkeiten zu deren Einspeisung in das Wärmenetz sowie die Absenkung der Betriebstemperatur. Wärmeverluste im Leitungsnetz müssen durch kontinuierliche Instandhaltung und Optimierung des Netzes reduziert werden. Das Fernwärmesystem bietet die Möglichkeit, Wärme dezentral aus verschiedenen Quellen aufzunehmen und zu verteilen, und verfügt damit über gute Voraussetzungen für die flexible, zukunftsfähige Wärmeversorgung.

Wärmeerzeugung

An Orten, an denen neue Wohn- und Gewerbegebiete entstehen, muss der städtische Planungs-, Vertrags- und Genehmigungsprozess gewährleisten, dass die Nutzungspotenziale erneuerbarer Energien verbindlich vereinbart werden. Dort wo der Anschluss an das Fernwärmenetz nicht wirtschaftlich ist, soll die EVO weiterhin als Betreiberin von dezentralen Nahwärmekraftwerken auf Basis von Brennstoffzellen-Blockheizkraftwerken (BHKW) auftreten und so Leitungsverluste vermeiden. Bei Hochhausbauten mit gewerblicher Nutzung, z. B. am Kaiserlei, kann die nötige Verankerung der Gebäude mit der geothermischen Nutzung verbunden werden.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die geothermische Nutzung für Wärme und

Kühlung im Planungsprozess mit den Investoren besprochen und verbindlich vereinbart wird.

Wir wollen prüfen, ob durch Einspeisevereinbarungen ins städtische Wärmenetz sichergestellt werden kann, dass die Investoren und Eigentümer die geothermischen Energiepotenziale ausschöpfen und einen Beitrag zur Wärmewende in Offenbach leisten.

Energieeffizienz

Wir GRÜNEN wollen die energetische Sanierung der städtischen Gebäude wie Schulen und Veranstaltungshäuser in Richtung Passivhausstandard weiter forcieren. Energetisch modernisierte kommunale Gebäude sparen Energie ein und entlasten damit nicht nur das Klima, sondern auch den städtischen Haushalt. Die Nutzer*innen städtischer Gebäude sollen auf den sparsamen Umgang mit Energie verpflichtet werden.

Solarenergie

In Offenbach sind noch zahlreiche solarenergetisch geeignete Dachflächen ungenutzt, sowohl auf öffentlichen wie auf gewerblichen und privaten Gebäuden.

Wir GRÜNEN wollen

- eine große Solarkampagne der Stadt Offenbach zusammen mit der EVO und anderen regionalen Energieversorgern, begleitet durch passgenaue Beratungsangebote für die verschiedenen Eigentümer- und Nutzungskonstellationen,
- ein Pilotprojekt und eine Werbekampagne für Photovoltaikanlagen für Mieter*innen und Eigentümer*innen unter dem Motto „Sonnenenergie für alle!“ und
- „dass alle geeigneten öffentlichen Dächer mit Solarenergieanlagen ausgestattet werden. Dazu soll nach der Erhebung von Potenzialen ein konkreter Zeitplan zur Umsetzung erstellt und bis 2026 abgearbeitet werden.“

Mieterstrom

Seit 2017 sind Mieterstrommodelle mit dem Bundesgesetz zur Förderung von Mieterstrom rechtlich abgesichert. In Offenbach sind sie noch kaum verbreitet, obwohl sich gerade größere Gebäudekomplexe mit entsprechend größeren Dachflächen und größerem Energiebedarf der verschiedenen Nutzer*innen besonders gut eignen. Wir wollen – wie in Frankfurt geschehen – hieraus in Zusammenarbeit mit der EVO ein Erfolgsmodell machen, das zudem noch den involvierten Mietern die Stromkosten senken wird.

„Plug-and-Play-Anlagen“ sind weitere kleine Bausteine im Thema Energiewende. Wir GRÜNEN wünschen uns ein Pilotprojekt und eine Werbekampagne für Balkon-Photovoltaikanlagen für Mieter*innen und Eigentümer*innen unter dem Motto „Sonnenenergie für alle!“. Wir setzen uns dafür ein, dass das Umweltamt mit der EVO/ENO und den zugelassenen Elektronunternehmen eine Arbeitsgruppe einrichtet, die für Mini-PV-Anlagen einen einfachen Installations- und Anmeldeprozess erarbeitet und eine gemeinsame Werbeaktion entwickelt.

Eine gut sonnenexponierte Anlage kann je nach Leistung (300 bis 600 W) etwa Energiekosten von 100 bis 200 Euro im Jahr sparen. Damit könnte man zeigen, dass alle – auch Mieterinnen und Mieter – bei der Energiewende mitmachen können.

Bürgergenossenschaft

Wir würden die Gründung einer Offenbacher Bürger-Energiegenossenschaft begrüßen und ihre Entstehung seitens der Stadt Offenbach fördern und vorantreiben.

Ökostrom

Dem lokalen Energieversorger EVO kommt für die Erreichung der hessischen und kommunalen Klimaziele eine wichtige Rolle zu. Das Unternehmen hat in den vergangenen Jahren die Produktionskapazitäten für erneuerbare Energien kontinuierlich ausgebaut. Die weitere klimafreundliche Umgestaltung der Wärme- und Stromversorgung stellt jedoch immer noch eine große Herausforderung dar. Handlungsbedarf besteht

- beim Kohleausstieg,
- bei der Umstellung des Grundtarifs auf Ökostrom
- sowie der Entwicklung eines Mieterstromangebots zum Ausbau der Solarenergie.

3. KLIMA

Auch wenn die Welt ab sofort keine zusätzlichen Treibhausgase mehr emittierte, würde die Temperatur im Durchschnitt zunächst weiter ansteigen. Maßnahmen, die unsere Stadt an steigende Durchschnitts- und Spitzentemperaturen, Starkregenereignisse und Stürme sowie längere Trockenperioden und Hitzesommer anpassen, werden immer dringlicher. Die städtische Strategie, einschließlich der Darstellung konkreter Maßnahmen, zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung ist im „Klimakonzept Offenbach 2035“ zusammengefasst. Wir stehen nachdrücklich hinter diesem grundlegenden kommunalen Rahmenprogramm, das nur Wirkung entfalten kann,

wenn dafür in der Stadtverwaltung auch Stellen vorgesehen sind. Daher fordern wir zwei notwendige Stellen für dessen Umsetzung.

Mikroklima, städtisches Grün und Naturschutz

Jede Art von Vegetation kühlt die Luft im Sommer durch Verdunstung über die Blätter ab. Insbesondere gesunde Bäume sind zusätzlich Schattenspender, Blickfang, Lärmschutz, Lebensraum für viele Arten und mittelfristig auch CO₂-Speicher. Vegetation kühlt nicht nur tagsüber, sondern auch nachts.

Wir GRÜNEN fordern daher,

- dass innerstädtische Bäume, die aufgrund der heißen Sommer starben, vollständig durch an die neuen klimatischen Gegebenheiten angepasste Sorten ersetzt werden, möglichst auch zahlenmäßig darüber hinaus.
- dass im Sinne der Essbaren Stadt und zur Erhöhung der Biodiversität im Stadtgrün oder auf Ausgleichsflächen vermehrt Obstbäume gepflanzt werden.

Vorgärten und Hinterhöfe, die entsiegelt und bepflanzt werden, helfen ebenso wie Fassaden, die begrünt werden, Temperaturen im Sommer nicht unnötig in die Höhe schnellen zu lassen. Privatpersonen erhalten bei der Umsetzung Beratung und Unterstützung durch die Stadt.

Möglichkeiten zur Entsiegelung des städtischen Bodens oder die Neugewinnung von begrünter Fläche auf Dächern sollen in Form von Bürgerprojekten, z. B. Urban Gardening oder Klimapaten, insbesondere durch den Abbau bürokratischer Hürden unterstützt werden. Die Priorität liegt hier auf dem Anbau von Essbarem und einer guten Mischung einheimischer Pflanzen, die Bienen und anderen Insekten Lebensraum zurückgeben. Die dabei neu aufgebaute Humusschicht ist ebenfalls ein gewollter zusätzlicher CO₂-Speicher.

Beim Neubau von privaten und öffentlichen Gebäuden sollen Dach- und Fassadenbegrünung (alternativ Solarmodule zur Stromerzeugung) verpflichtend werden, genauso wie die flächenanteilige Einplanung von Grünflächen. Als Ausgleich für Versiegelung reichen Dachbegrünungen alleine nicht aus. Bei Bestandsgebäuden setzen wir uns dafür ein, dass die nachträgliche Dach- und Fassadenbegrünung als kommunale Klimaanpassungsmaßnahme finanziell und beratend gefördert wird.

In Bereichen von Hitzeherden sollte Priorität auf die Begrünung unter Zuhilfenahme von begrüntem Verschattungselementen gesetzt werden. Vor allem die Fußgänger-

zone, öffentliche Plätze, Hinterhöfe und großflächige Parkplätze müssen entsprechend umgestaltet werden.

Durch konsequente Begrünung kann die Stadttemperatur lokal um bis zu drei Grad abgesenkt werden. Für eine kurzfristige Abkühlung in besonders hitzegefährdeten Bereichen in der Innenstadt sollen Sprühnebelbrunnen und schattenspendende, mobile Bäume erprobt werden.

Die Installation von öffentlichen Wasserspendern ist ein elementarer Baustein von Klimaanpassungsmaßnahmen. Wir achten darauf, dass ihre Einrichtung konsequent erfolgt. Auf öffentlichen Plätzen, in Parks, in Schulen und an Spielplätzen. Für den Natur- und Klimaschutz sowie die Naherholung werden wir uns weiterhin dafür einsetzen,

- dass verbliebene naturnahe Gebiete in Stadtnähe wie die Bieberaue, der Bürgeler und Rumpenheimer Mainbogen und der Buchhügel erhalten bleiben und nicht überbaut werden.

Diese Flächen sind nicht nur beliebte Naherholungsgebiete, sondern auch Rückzugsgebiete mit hoher Artenvielfalt und verhindern zusammen mit den derzeit bestehenden Frischluftschneisen eine weitere Überhitzung bei Extremtemperaturwetterlagen in Offenbach. Auch diese Frischluftschneisen sollten als städtebauliche Leitlinie erhalten bleiben und nicht durch neue Gebäude oder durch Aufstockung bestehender Gebäude unterbrochen werden.

Wasser und Böden

Aufgrund häufiger zu erwartender Dürre-Situationen und gleichzeitig vermehrt auftretender Starkregenfälle wird die Ressource (Trink-)Wasser immer wertvoller. Bei Grünanlagen, die durch die Stadt betreut werden, wird dringend ein effektives und wassersparendes Bewässerungskonzept benötigt.

Wir werden

- uns für die vermehrte Einrichtung von Zisternen zur Nutzung von Niederschlagswasser insbesondere an öffentlichen Gebäuden stark machen.
- städtische Grünflächen extensiver begrünen. Statt kurzem Rasen brauchen wir mehr Blühwiesen, die Wasser besser aufnehmen.
- Potenziale für großflächige Wasserversickerung zur Grundwasserneubildung besser nutzen.

Es soll geprüft werden, ob in Waldheim Regenwasser gesammelt und durch den Kuhmühlgraben in den Feuchtgebieten versickert werden kann. Somit wäre mehr Bodenfeuchte in Dürre-Situationen vorhanden. Bei Starkregenfällen hätten die Feuchtgebiete eine sinnvolle Pufferfunktion.

Auch im Offenbacher Stadtwald macht sich der Klimawandel bemerkbar. Wir setzen uns für eine Klimaanpassung in der Holzbewirtschaftung ein, die nicht nur die ökonomischen, sondern auch die sozialen und ökologischen Ansprüche erfüllt. Der Wald ist ein sensibles Ökosystem, das nicht alleine auf seine wirtschaftliche Verwertbarkeit ausgerichtet werden darf. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass eine standortgerechte Anpassungsstrategie, wie die Anpflanzung klimaresistenter Baumarten oder das Optimieren von Bewässerungssystemen, umgesetzt wird.

Luft

Zusätzlich zur steigenden Temperatur sind weiterhin die Feinstaub- und die Stickoxidbelastung ein großes Problem. Gerade stabile Wetterlagen, die mit geringeren Windgeschwindigkeiten einhergehen und künftig länger andauern, verhindern, dass die belastete Luft abtransportiert und verdünnt wird. Diesem Problem kann man besonders effektiv durch eine Reduktion der Verbrennung fossiler Brennstoffe entgegenwirken. Hier verweisen wir in erster Linie auf unser Mobilitätskonzept (siehe Kapitel I. 2.). Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen,

- dass die Maßnahmen des Luftreinhalteplans konsequent und vorrangig umgesetzt werden.

Einiges hat sich schon getan: So konnten z. B. die NOx¹-Werte an den bekannten Hotspots wie der Bieberer Straße reduziert werden. An der Unteren Grenzstraße haben wir mit Temporeduzierungen erreicht, dass die NOx-Werte sogar unter die Grenzwerte gefallen sind. Das muss im ganzen Stadtgebiet erreicht werden.

Die hohe Feinstaubbelastung muss ebenfalls reduziert werden. Deswegen setzen wir uns auch für eine Reduzierung des LKW-Verkehrs ein. Das verringert darüber hinaus das Verkehrsaufkommen und damit den Lärm.

Aufgrund der aktuellen Gesetzeslage kann das Zünden von Feuerwerkskörpern zu Silvester in Offenbach nicht verboten werden. Wir finden es nicht nur gefährlich,

¹ Stickstoffoxid-Werte

sondern vor allem umwelt- und gesundheitsschädlich. Daher setzen wir uns für ein zentrales, von der Stadt organisiertes Feuerwerk oder eine Licht-Show ein, die das private Böllern ersetzen kann, sobald die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen gegeben sind. Dafür arbeiten wir GRÜNEN auf Bundes- und Landesebene hin.

Verkehrslärm

Lärm macht krank. Er ist ein Stressfaktor und führt zu nachhaltigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Wir Offenbacher leiden ganz besonders darunter. Unsere ambitionierte Verkehrspolitik plant zahlreiche Maßnahmen, um das Verkehrsaufkommen auf der Straße zu senken und damit auch den so verursachten Lärm zu reduzieren.

Die GRÜNEN im Landtag waren die einzige Partei, die im Landtag 2007 gegen den Ausbaubeschluss des Frankfurter Flughafens gestimmt hat. Der Ausbau des Flughafens beeinträchtigt die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten unserer Stadt in erheblichem Maße. 80 Prozent des Stadtgebietes liegen in Lärmschutz-zonen, zahlreiche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser liegen in Bauverbotszonen. Offenbach ist stärker als jede andere Kommune vom Flugverkehr belastet. Wir GRÜNEN stehen daher weiterhin zu der von der Stadtverordnetenversammlung auf GRÜNE Initiative hin beschlossenen 10-Punkte-Liste zur Reduzierung des Fluglärms in Offenbach und bestehen unter anderem nach wie vor

- auf ein Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 06:00 Uhr,
- auf der Senkung der Lärmobergrenze,
- auf der Deckelung der Anzahl von Flugbewegungen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf Landes- und Bundesebene politische und rechtliche Schritte unternommen werden, um die Gesundheit von Offenbacher Bürger*innen zu schützen.

4. NACHHALTIGKEIT

Nachhaltigkeit bedeutet, dass man nicht mehr Ressourcen verbraucht, als die Welt verkraften kann. Die natürlichen Ressourcen wie Energie, Wasser, Luft und Rohstoffe bilden die Grundlage für alles menschliche Handeln, doch sie sind endlich.

Wir müssen mit ihnen daher verantwortungsbewusst umgehen, um unsere Lebensqualität zu erhalten und zukünftige Generationen nicht zu benachteiligen, nur weil wir auf den eigenen, kurzfristigen Nutzen schauen. Der urgrüne Leitsatz, dass wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben, ist heute aktueller denn je und muss sich auch im Rahmen kommunalen Handelns niederschlagen.

Einwegverpackungen

Vereine, Marktbeschicker*innen und Veranstalter*innen wollen wir dabei unterstützen, Alternativen zu Einwegmaterialien zu entwickeln, sei es die Verwendung von abbaubaren Materialien oder Pfandsystemen oder der Einsatz von Spülmobilen.

Wir Offenbacher GRÜNEN fordern

- eine Abgabe auf Einwegverpackungen und Einweggeschirr,
- die Minimierung von Einwegplastik in allen Bereichen,
- den Verzicht auf Plastiktüten und kurzlebige Werbegeschenke auf Märkten und Messen und
- Schüler*innen Essen und Getränke ohne Verpackungsmüll anzubieten.

(Plastik-)Müll

In der letzten Legislaturperiode haben wir die Plastikfreiheit auf städtischen Festen beschlossen. Wir wollen dies ausweiten, auch auf privat organisierte Feste in der Stadt. Die Reduktion und Vermeidung von Plastik sollte auch hier gestärkt werden, etwa durch die Nutzung von Spülmobilen und Stellen, bei denen Geschirr ausgeliehen werden kann. Wir setzen hier aber auch auf die Kreativität der Veranstalter*innen. Ebenso wünschen wir uns auf dem Wochenmarkt eine weitere Reduktion von Plastik an den Verkaufsständen. So möchten wir Datenmaterial zum Plastik- und Müllaufkommen nach Festen und auf dem Wochenmarkt sammeln. Wir halten es in diesem Zusammenhang für wichtig, die Verantwortlichkeit für das Thema Plastikfreiheit zu bündeln – z. B. in der der Stabsstelle Sauberes Offenbach.

Umweltverschmutzungen durch Hundekotbeutel stellen ein zunehmendes Problem dar. Daher möchten wir künftig bunte und gut kompostierbare Beutel seitens der Stadt zur Verfügung stellen, damit Tüten, die in der Umwelt landen, leichter gefunden werden oder besser verrotten können.

Recycling, Müll

Wir wollen klären, wie die Trennquote zwischen den verschiedenen Müllsorten in Offenbach verbessert werden kann. Dazu möchten wir den Stadtservice (ESO)

bei seinen Bemühungen unterstützen – sowohl was die Preisstruktur bei den verschiedenen Mülltonnen als auch was die Aufklärung über richtige Mülltrennung angeht. So befürworten wir die Nutzung einer Wertstofftonne anstelle der reinen Verpackungstonne, da diese die Recycling-Quote erhöhen kann. Um weitere Anreize zur Mülltrennung zu schaffen, wollen wir die Biotonne deutlich günstiger machen. Es soll geprüft werden, ob die damit entfallenden Einnahmen über die Gebühr für die Restmülltonne finanziert werden können.

Wir GRÜNEN haben zusammen mit unseren Koalitionspartner*innen in der vergangenen Legislaturperiode die Stabsstelle Sauberes Offenbach eingerichtet. Sie hat Ende 2017 ihren Dienst aufgenommen und sich als zentrale Ansprechpartnerin für Sauberkeit in der Stadt etabliert. Die Zahlen zeigen, dass seitdem deutlich weniger Müllablagerungen festgestellt und stattdessen mehr Termine bei den städtischen Entsorgern angemeldet wurden. Diesen eingeschlagenen Weg möchten wir weitergehen.

Wir wollen weiterhin dem Problem der aus Altkleidercontainern entnommenen und auf den Boden geworfenen Kleidung entgegenzutreten. Dies ist nicht nur ein ästhetisches Problem, sondern führt auch dazu, dass die Altkleider nicht weiterverwendet oder recycelt werden können. Daher wollen wir die Genehmigung für Organisationen, die Altkleidersammlung betreiben, in Zukunft von der Aufstellung entnahmesicherer Container abhängig machen.

Schon eine einzige Zigarettenkippe mit Filter beinhaltet so viele Giftstoffe, dass sie bis zu 60 Liter Wasser verunreinigen kann. Daher möchten wir dafür sorgen, dass keine Zigarettenstummel auf Straßen, auf Plätzen und in der Natur landen.

Weiterhin wollen wir der Müllflut am Mainufer noch besser begegnen, denn aus den Papierkörben quellender Müll landet schnell in den Grünflächen und im Main. Wir setzen uns für größere Müllbehälter an den Stellen ein, an denen sich viele Leute aufhalten. Auch eine erhöhte Reinigungsfrequenz am Mainufer möchten wir prüfen.

Unterirdische Wertstoffsammelbehälter, insbesondere Glascontainer sollen die derzeitigen Container ablösen.

Müllvermeidung / Kreislaufwirtschaft

Die Einrichtung von Reparatur-Treffs, Upcycling-Initiativen, Gebrauchtwaren- und Tauschmärkten sowie Leihsystemen und Sharing-Konzepten soll unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit administrativ und logistisch gefördert werden. Wir wollen

- ein Mehrwegbechersystem (wie z. B. ReCup) etablieren.

Um Einwegbecher überflüssig zu machen, wollen wir gemeinsam mit Getränkeanbietern ein System entwickeln, bei dem gegen einen geringen Pfandbetrag ReCup-Becher erworben, benutzt und danach in jedem Offenbacher Geschäft abgegeben werden können. Die Pfandbecher müssen langlebig, umweltfreundlich, geschmacksneutral und lebensmittelecht sein.

Lebensmittelnahversorgung

Die Versorgung mit regionalen Produkten auf dem Offenbacher Wochenmarkt und dem Märktchen im Nordend ist für viele Konsument*innen unverzichtbar. Lebensmittel, die saisonal sind und aus der Region kommen, sind nicht nur gesund und lecker, sondern auch unter Klimagesichtspunkten das Beste, was auf den Tisch kommen kann. Projekte wie beispielsweise „Solidarische Landwirtschaft“ oder „Ackerhelden“ sollten auch hier in Offenbach Menschen ermöglichen, für den Eigenbedarf Obst und Gemüse anzubauen.

Aktivitäten wie Urban Gardening, Essbare Stadt oder Foodsharing finden in Offenbach längst erfolgreich statt. Diese Initiativen werden wir stärken und unterstützen.

5. MOBILITÄT

Verkehrswende

Wir GRÜNEN wollen die Verkehrswende, also mehr Platz für die Menschen und eine bessere Luft – und somit eine lebenswertere Stadt.

Mobilität ist und bleibt eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe aller Menschen – doch mit der vorwiegenden Nutzung von Autos schadet sie Mensch und Umwelt. Unser Ziel ist es daher, dass in Offenbach der Weg der Verkehrswende bewusst weitergegangen wird, ohne dabei auf Mobilität zu verzichten.

Durch das Vorantreiben der Verkehrswende senken wir CO₂- und NO_x-Emissionen, wirken der Luftverschmutzung entgegen und erhöhen die Aufenthaltsqualität in den Städten. Dies erreichen wir durch eine Stärkung des Fuß- und Radverkehrs, durch einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) und durch eine Reduzierung des individuellen Autoverkehrs. Die Verkehrswende muss daher der Fokus in der Verkehrsplanung sein.

Um dies zu erreichen, ist unser Ziel,

- den ÖPNV als zentralen Baustein der Verkehrswende bedarfsgerecht auszubauen und weiter zu fördern.
- den Fuß- und Radverkehr als mindestens gleichberechtigte Verkehre zum Autoverkehr zu etablieren.
- sämtliches vorhandenes Fachwissen der Verwaltung – insbesondere zum Rad- und Fußverkehr – mit entsprechender Ausstattung zu bündeln und wo nötig entsprechende Fachleute einzustellen.

So kann in Offenbach die Verkehrswende mit Bezug auf alle verkehrlichen Maßnahmen und Projekte geplant und die Umsetzung begleitet werden.

Fahrrad- und Fußverkehr

Ein Ziel für uns GRÜNE ist es, dass in Offenbach mehr angenehmer Fußverkehr möglich ist und der Radverkehrsanteil weiterwächst. Dazu müssen Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen sicher und gerne zu Fuß und per Rad unterwegs sein. Um das zu erreichen,

- fordern wir ein eigenes Budget für den Ausbau und Erhalt der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur, das in der Höhe dem Budget für den motorisierten Verkehr entspricht.
- treiben wir die Umsetzung des Nahmobilitätsplanes der Stadt Offenbach entschieden voran. Jährlich sollen mindestens drei der dort enthaltenen Maßnahmen umgesetzt werden.

Radverkehrskonzept

Seit der Erstellung des Radverkehrskonzepts im Jahr 2007 hat sich vieles geändert. Daher wollen wir die Weiterentwicklung des Radverkehrskonzepts. Dazu gehört,

- komfortable und sichere Radwege auf den Hauptverkehrsstraßen auszubauen, die sowohl vom fahrenden und ruhenden Kfz-Verkehr als auch vom Fußverkehr

räumlich abgetrennt sind.

- weitere Fahrradstraßen in den Nebenstraßen auszuweisen.
- ein durchgängiges Routennetz durch die gesamte Stadt zu erstellen, das alle Schulen anbindet und mit den Raddirektverbindungen verknüpft ist.
- dass Kreuzungen und Einmündungen sukzessive so umgestaltet werden, dass dort Sichtbeziehungen für und auf den Radverkehr gegeben sind. Dies erhöht die Sicherheit für Radfahrer*innen.
- dass Ampeln so umgestaltet werden, dass rechtsabbiegender motorisierter Verkehr und geradeausfahrende Fahrräder nicht gleichzeitig Grün haben.
- Brücken nach Fechenheim und/oder Maintal zu planen, die ausschließlich vom Rad- und Fußverkehr genutzt werden.

Fahrradstraßen

In unserer wachsenden Stadt sehen wir das aktuelle Fahrradstraßenprojekt als einen wichtigen Zwischenschritt an – für eine verbesserte Fahrradinfrastruktur und hin zur „Fahrradstadt Offenbach“. Weitere Projekte müssen folgen. Fahrradstraßen sind dabei ganz zentral, da sie sichere und vom Radverkehr vorrangig benutzte Strecken sind, die zudem gute Verbindungen in die Nachbarkommunen bieten. Wir stehen dafür ein, dass die Umsetzung des Fahrradstraßenprojektes wie geplant abgeschlossen wird, genauso wie die Fertigstellung der Strecke nach Neu-Isenburg mit einer Anbindung zum Radschnellweg Frankfurt – Darmstadt.

StVO

Die aktuell diskutierte Novelle der Straßenverkehrsordnung enthält einige Verbesserungen

für den Rad- und Fußverkehr. Unabhängig von der zusätzlich notwendigen Überarbeitung des Bußgeldkatalogs wollen wir den fahrradfreundlichen Neuerungen Geltung verschaffen, die bereits umsetzbar sind. So machen wir uns insbesondere dafür stark, dass

- Fahrradzonen in einzelnen Stadtteilen ausgewiesen werden, in denen größere zusammenhängende Bereiche nach den Regeln für Fahrradstraßen eingerichtet werden, nicht nur einzelne Straßenzüge.
- Grünpfeile zum Rechtsabbiegen ausschließlich für Radfahrer*innen zukünftig die Fahrt durch den Stadtverkehr erleichtern.
- die Einhaltung des Mindestüberholabstandes für den Autoverkehr von 1,50 m zum Rad- und Fußverkehr und das Halteverbot auf Radschutzstreifen überwacht werden.

Ampelschaltungen

Damit Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen sicher, schnell und gerne unterwegs sind, wollen wir vorantreiben, dass Ampelschaltungen vorrangig an die Bedürfnisse dieser Verkehrsteilnehmer*innen angepasst werden. Dazu gehört neben der grünen Welle für den Radverkehr auch, dass Ampeln an Fußgängerquerungen auf Bedarf sofort auf Grün schalten. Das ist besonders wichtig an Querungen, die von Kindern genutzt werden. Weiterhin wollen wir prüfen, ob und wie an viel frequentierten Fußgängerampeln die Grünphasen entsprechend den Bedürfnissen langsamerer Fußgänger geschaltet werden können.

Fahrradabstellanlagen

Nur mit einem kontinuierlichen Zubau an Fahrradabstellanlagen kommen wir in der Verkehrswende voran. Diese brauchen wir insbesondere an öffentlichen und zentralen Plätzen und Einrichtungen sowie an den S-Bahn-Stationen. Daher achten wir auch darauf, dass das Fahrrad-Parkhaus an der S-Bahn-Station Marktplatz Realität wird, überdachte und mehrstöckige Radabstellanlagen im öffentlichen Raum entstehen und die Einrichtung von Radabstellanlagen im privaten Bereich unterstützt wird. Dazu gehört auch, dass wir Kfz-Parkplätze in Radstellplätze umwandeln. Auf einem Kfz-Parkplatz können 10 Radstellplätze eingerichtet werden. Wir wollen in den Quartieren wohnortnahe und sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder schaffen. Auch Modelle für Lastenräder sind anzustreben, da die Nutzung eines Lastenrads auch von adäquaten Abstellmöglichkeiten abhängt.

Lastenradverleih

Lastenfahrräder werden immer bedeutender für den privaten als auch den gewerblichen Bereich. Deshalb werden wir darauf achten, dass die von uns angestoßene Initiative für Abstellanlagen auch für Lastenräder und ein Lastenradverleihsystem Realität wird.

Radschnellverbindungen

Zentral ist für uns GRÜNE zudem das u. a. von uns angestoßene Projekt einer Radschnellverbindung von Hanau-Steinheim über Mühlheim nach Offenbach und weiter nach Frankfurt-Sachsenhausen. Hier unterstützen wir den Regionalverband FrankfurtRheinMain bei seinen ehrgeizigen zeitlichen Zielen für Planung und Bau. Insbesondere ist uns eine konstruktive Mitarbeit bei der Erstellung der Machbarkeitsstudie wichtig. Nur mit Hilfe der Bürger*innen kann eine direkte und sichere Strecke durch Offenbach für die Radschnellverbindung identifiziert und realisiert werden. Aufgrund der erheblichen Pendler*innenströme nach Frankfurt ist eine

Radschnellverbindung die optimale Lösung, um den Autoverkehr kostengünstig und schnell zu reduzieren.

Fahrrad-Streife

Da es nun eine Stadtpolizei gibt, die rund um die Uhr für die Bürger*innen da ist, wünschen wir uns eine Verstärkung der Überwachung des Parkraums insbesondere in Fahrradstraßen, Spielstraßen, Fußgänger- und Tempo-30-Zonen.

Überhöhte Geschwindigkeit, Falschparken und unkontrollierter Pkw-Verkehr in der Fußgängerzone sind kein Kavaliersdelikt, sondern gefährlich und störend. Sie entsprechen nicht unserer Vorstellung von einer gleichberechtigten Verkehrsgemeinschaft von Fußgänger*innen, Rad- und Autofahrer*innen.

Ein Schwerpunkt von Kontrollen sollte auf der Nutzung von Bürgersteigen und Fahrradwegen liegen, die vom ruhenden Verkehr nicht eingeschränkt werden dürfen. Es ist dabei besonders auf die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen wie Kinder oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu achten.

Wir fordern daher eine Fahrrad-Streife, die den Fahrrad- und Fußverkehr vor Behinderungen schützt, das faire Verhalten der Fahrradfahrer*innen stärkt und die in der Innenstadt, am Mainufer und in Parks eingesetzt wird.

ÖPNV

Das Angebot des Busverkehrs haben wir in den letzten fünf Jahren um ein Drittel ausgeweitet. Der ÖPNV und seine kontinuierliche Verbesserung ist ein zentraler Baustein für eine Verkehrswende auch in Offenbach. Ein bedarfsangepasster Ausbau des Angebotes und die stetige qualitative Verbesserung sind dabei zentral.

Finanzierung des ÖPNV

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in Offenbach eine große Herausforderung darstellt. Einnahmen aus dem Verkauf der Fahrscheine decken bundesweit etwas weniger als die Hälfte der für den ÖPNV erforderlichen Mittel. Die Finanzierung des ÖPNV stellt viele Gebietskörperschaften vor große Herausforderungen und muss neu angegangen werden. Wir fordern von Bund und Land weitere Hilfen für die Finanzierung des ÖPNV.

Die Frage der Finanzierung des ÖPNV muss bundesweit aufgegriffen und alternative Finanzierungsmodelle geprüft werden. Dazu werden bereits verschiedene Modelle diskutiert und zum Teil bereits praktiziert.

Eine Möglichkeit ist die Beteiligung der Unternehmen und der Vermieter*innen an der Finanzierung des ÖPNV (Nutznießerfinanzierung), denn sie profitieren direkt von einem guten ÖPNV-Angebot. Da der ÖPNV für die tägliche Mobilität unverzichtbar ist und eine wesentliche Säule für Pendler*innen, Menschen ohne Auto und für eine emissionsarme Mobilität darstellt, ist für uns eine Ko-Finanzierung des ÖPNV aus dem städtischen Haushalt selbstverständlich.

Ticketpreise

Das Land hat mit seinem grünen Verkehrsminister bereits zahlreiche Verbesserungen bei den Ticket-Preisen des RMV erreicht. Das Schüler*innenticket, das Landesticket, Jobtickets, das Senior*innenticket und das Nachbarschaftsticket haben für viele Menschen zu einem günstigeren und schnelleren Zugang zum ÖPNV gesorgt. Wir wollen die Weiterentwicklung zu einem hessischen Flatrate-Ticket und eine Senkung der Tarife für das übrige Angebot.

Wir möchten außerdem Hoteliers dafür gewinnen, Übernachtungsangebote inklusive kostenfreier Nahverkehrstickets anzubieten, sowie Einzelhändler*innen dafür gewinnen, ihren Kunden ÖPNV-Einzeltickets gutzuschreiben – so wie dies auch häufig mit Parktickets geschieht.

Nahverkehrsplan

Wir stehen zum aktuellen Nahverkehrsplan 2018–2022 für Offenbach und zu den darin verankerten Zielen und Verkehren – dazu gehört die Elektrifizierung der Busflotte. Die Bedarfe und genaue Ausgestaltung der Verkehre werden im Rahmen der Aufstellung des Nahverkehrsplans 2023–2027 festgelegt. Wir wollen

- das Busangebot erhalten und sukzessive ausbauen,
- einen guten Zugang der Neubaugebiete zum Busverkehr gewährleisten und
- Schnellbus-Verbindungen für eine direkte Anbindung an die S-Bahn prüfen.

Straßenbahn

Wir wollen prüfen, ob Straßenbahnverbindungen das Offenbacher Nahverkehrsangebot erweitern können. Straßenbahnen sind komfortabler und verfügen über eine höhere Passagier-Kapazität als Busse. Eine Verlängerung der Straßenbahn von der Offenbacher Stadtgrenze über die Kaiserstraße und den Hauptbahnhof in Richtung Fechenheim erscheint uns hierbei als ein erster Schritt, aber auch die Anschlussfähigkeit an regionale und überregionale Bedarfe sollte bei der Planung von Straßenbahnstrecken berücksichtigt werden.

Bahnhöfe

Ein wichtiges Anliegen ist für uns auch der Zustand unserer Bahnhöfe. Mit der erfolgreichen Begleitung der Bewerbung der Station Marktplatz zum Zukunftsbahnhof der Deutschen Bahn hat sich die Situation an dieser Station bereits verbessert.

Insbesondere ist uns die Barrierefreiheit wichtig, wozu nicht nur der Zugang zu den Gleisen, sondern ebenso verständliche Lautsprecherdurchsagen gehören. Bei den S-Bahn-Stationen setzen wir den Dialog mit der Deutschen Bahn fort, damit die Stationen besser gewartet werden.

Weiterhin bleibt es für uns sehr wichtig, den Hauptbahnhof barrierefrei umzubauen. Hier muss endlich eine Umsetzung erfolgen. Neben der dringenden Aufwertung des Gebäudes unterstützen wir weiter die Aktivitäten zur Belebung des Bahnhofsgeländes. Der Erhalt historischer Bahnhofsgelände, wie in Bieber, ist uns wichtig.

Schienen-Anbindung

Wir machen uns für eine gute Anbindung an die Schiene stark, denn Offenbacher*innen und ihre Gäste sollen verbesserte Möglichkeiten haben, per Bahn zu verreisen. Dazu gehört, dass

- Offenbach ein wesentlicher Bestandteil des zukünftigen Schienenrings um Frankfurt sein muss.
- die Regionaltangente Süd über Offenbach mit Halten in Offenbach-Ost und am Hauptbahnhof realisiert wird.
- bei einer Umsetzung der Regionaltangente Ost Offenbach angebunden wird.
- die südmainische Strecke zwischen Hanau und Offenbach zweigleisig wird.

Dann könnten nicht nur erheblich mehr S-Bahnen auf dieser Strecke unterwegs sein, sondern auch der Stadtteil „An den Eichen“ mit zusätzlichem Halt an das S-Bahnnetz angeschlossen werden.

Wichtig ist, dass sich die Vertreter*innen der Stadt Offenbach in den politischen Gremien weiterhin aktiv an den Diskussionen zu einem möglichen Fernbahntunnel in Frankfurt beteiligen und die Interessen Offenbachs vertreten. Die Streckenführung dort kann enorme Auswirkungen, sowohl positiver als auch negativer Natur, auf die Stadt haben. Gerade für dieses Projekt ist uns zudem eine frühzeitige Bürger*innenbeteiligung enorm wichtig.

Autofreie Innenstadt

Wir setzen uns auf vielfältige Weise dafür ein, dass der öffentliche Raum in der Stadt allen zur Verfügung steht und weniger von parkenden Pkw in Beschlag genommen wird.

Auf lange Sicht wollen wir erreichen, dass ein eigener Pkw keine Notwendigkeit mehr darstellt. Wir wollen eine autofreie Zone rund um den Wilhelmsplatz sowie autoarme Wohnviertel (Superblocks), in denen Fahrten mit dem Pkw die Ausnahme sind. Lediglich Anwohner*innen oder Lieferverkehr sind dort von der Zufahrtsbeschränkung ausgeschlossen.

Damit wir Offenbacher*innen dafür gewinnen, das Auto auch mal stehen zu lassen, unterstützen wir die Idee autofreier Tage.

Straßenraum

Wir setzen uns dafür ein, dass Straßen von „außen nach innen“ geplant werden. Hierbei kommen die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen zuerst: Zunächst muss ausreichend Platz auf den Bürgersteigen vorhanden sein, sodass zwei Personen zu Fuß und auch mit Kinderwagen oder Rollstuhl bequem aneinander vorbeigehen können. Hiernach wird der Platz für den Radverkehr eingeplant und erst im letzten Schritt der Platzbedarf für den motorisierten Individualverkehr berücksichtigt. Wir fordern daher

- 2,50 m Mindestbreite (geltende Richtlinie) für Bürgersteige,
- Parkplätze auf Gehwegen auf den Straßenquerschnitt zurückzuverlegen, damit die volle Breite des Bürgersteiges Fußgänger*innen zur Verfügung steht und
- neue Fußwege in dicht bebauten Gebieten nach Möglichkeit in einer Mindestbreite von 3 Metern herzustellen, sodass sich Fußgänger*innen auch mit Kinderwagen und Gehhilfen begegnen und aneinander vorbeigehen können.

Sicherheit im Verkehr

In den Fußgängerzonen haben Autos nichts zu suchen. Wir wollen, da Kontrollen in der Vergangenheit keine Verbesserungen erbracht haben, versenkbare Poller oder Schranken installieren, die den Zugang klar regeln.

In besonders gefährdeten Zonen, vor Schulen und Kitas, wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Verkehr so zu entschleunigen oder sogar herauszunehmen, dass die bestmögliche Sicherheit erreicht wird. Wir wollen im Umgang mit dem Hol- und Bringverkehr („Elterntaxis“) an Schulen und Kitas Lösungen suchen und

erproben, die den Verkehr entzerren und die Gefährdung von Kindern senken, die zu Fuß und mit dem Rad kommen.

Tempo 30

Wir wollen auf lange Sicht im gesamten Stadtgebiet Tempo 30 einführen, denn Tempo 30 verringert die Unfallwahrscheinlichkeit und mögliche Unfallfolgen nachweislich.

Im Innenstadtbereich werden wir damit beginnen. Dazu wollen wir GRÜNEN das Vorfahrtsstraßennetz ausdünnen, da auf Vorfahrtsstraßen automatisch Tempo 50 gilt. Eine Umwidmung von Vorfahrtsstraßen in Nebenstraßen erlaubt es, dort Tempo 30 einzuführen. In den bereits bestehenden Tempo-30-Zonen muss die Einhaltung der Geschwindigkeit überwacht werden. Wo möglich, sollen die bestehenden Tempo-30-Zonen in Fahrradzonen umgewandelt werden.

Parkplätze

Um mehr Platz und Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zu schaffen, wollen wir Parkplätze im öffentlichen Raum kostenpflichtig machen und den öffentlichen Parkraum so verteuern wie das Parken in Parkhäusern oder privaten Tiefgaragen. Die Zonen der Parkraumbewirtschaftung sollen auf alle Stadtgebiete innerhalb des Grünanlagenrings ausgeweitet werden. Die durch Parkraumbewirtschaftung eingenommenen Mittel sollen in die fußgänger*innen- und fahrradfreundliche Aufwertung der Straßen investiert werden.

Mittelfristig wollen wir weniger Parkplätze im öffentlichen Raum belassen und stattdessen Quartiersgaragen oder zentrale Parkhäuser schaffen. Das können wir uns gut im Kaiserleigebiet vorstellen. Parkplätze, die unter der Woche gewerblich und öffentlich genutzt werden, könnten abends und am Wochenende privaten Nutzern zur Verfügung stehen. Der Nachbarschaft sollte solcher Parkraum während der sonst ungenutzten Zeiten mit Anwohnerparkausweis nutzbar gemacht werden.

Car-Sharing

Natürlich wird es weiterhin Individualverkehr geben, viele Menschen nutzen das Verkehrsmittel Pkw regelmäßig. Damit aber immer weniger Menschen ein eigenes Auto besitzen müssen, wollen wir Car-Sharing-Möglichkeiten weiter unterstützen. So setzen wir uns für eine Satzung für Car-Sharing im öffentlichen Raum ein. Das Konzept des Car-Sharings ist insbesondere bei Neubauten zu berücksichtigen. Weiterhin wollen wir, sollte es eine Erneuerung der StVO erlauben, Car-Sharing-

Parkplätze einrichten. So kann die Attraktivität von Car-Sharing-Angeboten weiter gesteigert werden. Denkbar ist auch eine Kombination aus Car-Sharing- und E-Auto-Parkplätzen in der Stadt.

Elektromobilität

Bei der Verringerung der Schadstoffbelastung setzen wir zudem auf Elektromobilität. Wir unterstützen den Ausbau der Ladeinfrastruktur und werden darauf drängen, dass gerade städtische Unternehmen diesen federführend vorantreiben. Wir begrüßen den Ersatz der städtischen Diesel-Busflotte durch Elektrobusse und wollen ihn vollständig durchführen.

Außerdem wollen wir prüfen, ob Taxikonzessionen vorrangig an den emissionsfreien Betrieb der Taxis gekoppelt werden können.

Verbindungsstraße zur B 448

Die Machbarkeitsstudie und deren Ergebnisse zur neuen Verbindungsstraße zur B 448 begleiten wir kritisch. Einen Neubau der Verbindungsstraße können wir nur mittragen, wenn die naturschutzrechtlichen Belange gesichert werden und für genügend Ausgleich auf Offenbacher Flächen gesorgt werden kann.

Dieser Neubau muss eindeutig zu einer verkehrlichen Entlastung der Bieberer Straße führen, und zwar in einer solchen Größenordnung, dass unser Ziel, diese für den motorisierten Individualverkehr auf zwei Spuren zurückzubauen, erreicht wird.

Zum neuen Verbindungsstück zur B 448 muss ein Radweg hergestellt werden sowie ein sicherer Fußverkehr gewährleistet sein.

Einen möglichen Neubau einer Schienenquerung in Höhe der Laska-Brücke wollen wir nutzen, um eine gute Fuß- und Radverkehrsverbindung auch an dieser Stelle zu schaffen. Neben der Option einer kombinierten Brücke für alle Verkehrsträger können wir uns vorstellen, die Laska-Brücke als eigene Fuß- und Radverkehrsverbindung zu ertüchtigen und über das Neubaugebiet am ehemaligen Güterbahnhof Ost an den Main anzubinden.

5. STADTENTWICKLUNG

Aufenthaltsqualität

Wir GRÜNEN wünschen uns zur Steigerung der Aufenthaltsqualität mehr Grünflächen und Stadtgärten in der Stadt. Wir sind dafür, Flächen zu kaufen und diese zu Grünflächen umzuwandeln. Auf kleinen und kleinsten Flächen – etwa Grünstreifen auf dem Bürgersteig oder winzige Gärten im Westentaschenformat (Pocket-Parks) – wollen wir eine Begrünung durch die Stadt. Dies sollte überwiegend mit heimischen und bestäuberfreundlichen Arten geschehen. Auch möchten wir Hofbegrünungen und die Einrichtung von vertikalen Gärten fördern, bei denen die Fassaden von Häusern bepflanzt werden, die CO₂ binden und Sauerstoff produzieren.

Bestehende Pocketparks, wie zum Beispiel im Kleinen Biergrund, wollen wir einer öffentlichen Nutzung zuführen. Parkplätze in Flächen, die von der Gastronomie genutzt werden, sollen umgewandelt werden, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern.

Unser Wunsch ist es, dass Straßen ruhiger, freundlicher und offener gestaltet werden. Dazu gehören die weitere Festlegung von verkehrsberuhigten Bereichen und Spielstraßen sowie

die stärkere Begrünung und Bepflanzung von Straßen. Durch die Einrichtung von Begegnungszonen oder verkehrsberuhigten Geschäftsbereichen lässt sich zudem die Aufenthaltsqualität an zentralen Orten der Stadt erhöhen.

Innenstadt

Wir GRÜNEN haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass für das Zukunftskonzept Innenstadt auch neue Funktionen betrachtet wurden, die die Belebung der Innenstadt fördern und diese lebenswerter machen werden.

Die Innenstadt muss, neben einem Ort zum Einkaufen, auch ein Ort für Wohnen, Kultur, Begegnungen, zum Spielen und zum Entspannen sein. Dazu gehört auch mehr Grün in der Innenstadt.

Bei der nun anstehenden Umsetzung des Zukunftskonzeptes werden wir darauf achten, dass diese Ziele wirklich erreicht werden und dass Offenbacher Bürger*innen bei der Entwicklung der konkreten Projekte beteiligt werden.

Kinder

Wir wollen die Spiel- und Bewegungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen. Der Spielplatzrahmenplan ist beschlossen und wird aktuell

umgesetzt. Wir begleiten die Umsetzung weiterhin aktiv. Wir drängen darüber hinaus auf weitere Flächen im öffentlichen Raum, die von Kindern genutzt werden können. Sie müssen sich sicher und ohne Ängste durch die Stadt bewegen können, ohne dabei verdrängt zu werden. Kleine Spielgeräte, Markierungen auf dem Boden, Parcours-Hindernisse als kleine Bewegungseinheit oder Fangen spielen sind auch auf Spielstraßen, Wegen zur Schule und öffentlichen Plätzen wünschenswert. Daher fordern wir GRÜNEN

- einen Spielflächenentwicklungsplan.

Denn derzeit stehen Kinder in der Stadt vor der Situation, dass sie nur auf ausgewiesenen Flächen spielen und sich entfalten können. Wir möchten, dass Kinder nicht nur auf Spielplätzen spielen, sondern dass auch der sonstige öffentliche Raum kinderfreundlich gemacht wird. Kindern gehört ebenso wie Erwachsenen die ganze Stadt – und so sollte eine junge Stadt wie Offenbach auch sein: kinderfreundlich. Kinder und Jugendliche müssen bei der Neugestaltung der Innenstadt berücksichtigt werden. Wir unterstützen und begleiten die Planungen gemäß dem Zukunftskonzept Innenstadt in dieser Hinsicht.

Mainufer

Wir möchten das Mainufer planerisch gestalten und die Wegeanbindung an die Innenstadt verbessern. Wir fordern, dass der Mainparkplatz zurückgebaut und durch eine Grünfläche ersetzt wird, da er das begrünte Ufer unterbricht, oder der Hafengarten dorthin umzieht, sobald er seinen derzeitigen Ort verlassen muss.

Messebesucher*innen und anderen auswärtigen Gästen sollte ermöglicht werden, in einer zu errichtenden Quartiersgarage oder in nahegelegenen Parkhäusern zu parken.

Straßennamen

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die aktuellen Namen von Straßen und Plätze in Offenbach kritisch hinterfragt werden. Für Namen, die aus heutiger Sicht als problematisch einzustufen sind, sollen Vorschläge für deren Ersatz erarbeitet werden, sodass die Straßennamen mit dem demokratischen Grundverständnis unserer Stadt in Einklang stehen.

Stadtplanung

Grüne Stadtplanung ist nach wie vor einer sozialen und ökologischen Stadtentwick-

lung verpflichtet. Dazu gehört, dass die städtischen Räume, Straßen und Plätze in enger Zusammenarbeit mit den dort wohnenden Menschen gestaltet und entwickelt werden. Neben der wertvollen Beteiligung der Betroffenen fordern wir

- Beteiligungsformate, die explizit Kinder berücksichtigen.

Wir GRÜNEN setzen uns nach wie vor für eine nachhaltige Baukultur ein. Dabei geht es uns sowohl um die ökologische als auch um die soziale Nachhaltigkeit von baulichen Maßnahmen. Dies betrifft Neubauten genauso wie Um- oder Neugestaltungen, und zwar besonders bei öffentlichen Bauprojekten. Dabei stehen wir dafür ein, dass Bau- und Gestaltungsvorhaben den Bedürfnissen aller Offenbacher*innen gerecht werden.

Ein wichtiger Aspekt dessen ist, dass

- bestehende Bebauungspläne, vorhabenbezogene Bebauungspläne und neue Bebauungspläne klimarelevanten Forderungen in besonderem Maße standhalten.

Dazu müssen in den Bebauungsplänen konkrete Vorgaben zur Begrünung, Versickerung und Rückhaltung von Niederschlagswasser (Regenwassermanagement), energetischen Mindeststandards und der ergänzenden Nutzung von Solarenergie gemacht werden. Besonders gelungene Objekte wollen wir mit einer Plakette für beispielhafte Gebäude auszeichnen. Für die energetische Sanierung bestehender Gebäude soll die Stadt ihr Beratungsangebot fortführen.

Für uns GRÜNE steht weiterhin der Erhalt der vorhandenen Frei- und Grünflächen im Außenbereich von Offenbach im Vordergrund. Wir stehen zu einem ressourcenschonenden Flächenverbrauch und stadtklimatischen Kriterien und den Inhalten des Freiraumentwicklungskonzeptes, das den Masterplan ergänzt. Deshalb wollen wir

- über die bereits projektierten Neubaugebiete hinaus keine Freiflächen im Außenbereich mehr bebauen.
- Die mit Masterplanbeschluss 2016 aus den Baupotenzialen herausgenommenen Gebiete Rumpenheim-Nord-West und Bürgel-Süd-Ost (am Mainzer Ring Kuhmühlgraben) sind als Ausgleichsflächen für andere Baumaßnahmen definiert. Aus diesem Grund ist der Regionale Flächennutzungsplan (RegFNP) entsprechend zu ändern. Das Vorkaufsrecht der Stadt Offenbach darf in diesen Gebieten nicht ausgeübt werden.

- bei der Entwicklung von Neubaugebieten innovative Stadtentwicklungskonzepte wie in Bieber-Waldhof verfolgen.
- Bauentwicklung und Nachverdichtung im Bestand, wodurch bestehende bauliche Gegebenheiten neu akzentuiert und bereichert werden.
- Bestandsstabilisierung durch Modernisierung und Anpassung von bestehenden Gebäuden.
- eine aktive Zwischennutzung leer stehender Gebäude und ungenutzter Flächen.

Letztere stellt nicht nur eine Chance für die Nutzer*innen dar, die sich nicht sofort langfristig binden müssen, sondern belebt auch sonst leere Gebäude und kann so auch ein Gewinn für die gesamte Nachbarschaft sein.

Die städtebaulichen Leitlinien werden wir in diesem Sinne weiterentwickeln.

Gemischte Quartiere

Bei der Quartiersentwicklung unterstützen wir GRÜNEN eine gleichberechtigte Nutzung durch alle, möglichst in gemischten Vierteln. Um diese zu erhalten oder zu stärken, setzen wir uns für die Verbesserung und die Sicherung von stadtteilbezogenen Versorgungsmöglichkeiten wie Einkaufen, ärztliche Versorgung und Spielplätzen ein.

Das Quartiersmanagement und die Stadtteilbüros unterstützen das Zusammenleben im Quartier erfolgreich. Wir begrüßen die Teilnahme der Stadt an Förderprogrammen wie HEGISS, die aktuell im Senefelder-Quartier und im Nordend umgesetzt werden, wie auch die Programme Aktive Kernbereiche, wovon Bürgel und Bieber profitieren, sowie Zukunft Stadtgrün.



II. Sozial und fair: Lebenswerte Stadt für alle



Viele Offenbacher*innen haben von der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre profitiert. Bis zum Beginn der Corona-Pandemie ging die Zahl der Arbeitslosen und der Bedarfsgemeinschaften deutlich zurück. Wie sich diese Situation im Zuge und nach der Pandemie entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Eine gute Sozialpolitik bleibt zentral.

Wir GRÜNEN stehen für soziale Gerechtigkeit. Die aktive Teilhabe in allen Bereichen des Lebens in unserer Stadt darf weder vom Einkommen abhängig sein noch vom sozialen, kulturellen oder religiösen Hintergrund. Soziale Gerechtigkeit ist ein wichtiger Baustein für ein demokratisches Zusammenleben.

1. WOHNEN

Eine Wohnung ist mehr als das Dach über dem Kopf – sie ist existenzielles Grundbedürfnis und das Zuhause. Zwar entsteht in Offenbach derzeit viel neuer Wohnraum. Es fehlt aber an bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen eine sozialverträgliche Entwicklung unserer Stadt erreichen. Sozialer und genossenschaftlicher Wohnungsbau sowie gemeinschaftliches Wohnen sind dafür gute Möglichkeiten. Bei Neubauten

müssen barrierefreie und bezahlbare Wohnungen, die auch für große Familien mit geringem Einkommen geeignet sind, Berücksichtigung finden.

Wir machen uns daher stark für

- einen Anteil von mindestens 30 Prozent gefördertem Wohnungsbau bei allen Bauvorhaben;
- mehr gemeinschaftliches Wohnen;
- Bebauungspläne, die alternative Wohnformen ermöglichen;
- die Vergabe von Grundstücken über das Konzeptverfahren;
- die Sicherung preiswerten Wohnraums;
- weiterhin eine aktive Rolle der GBO, die mildernd auf die Mietpreisentwicklung einwirkt;
- Milieuschutzsatzungen in Gebieten mit Tendenz zur Verdrängung der angestammten Bevölkerung.

Wir wollen Maßnahmen ergreifen, die eine Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung aus ihren Quartieren verhindern. Deshalb wollen wir die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zustimmungspflichtig machen. Von dieser rechtlichen Möglichkeit werden wir Gebrauch machen und uns auch gegen spekulativen Leerstand einsetzen. Hierzu wollen wir eine Satzung gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum erlassen. Wir brauchen eine kommunale Gesamtstrategie gegen Wohnungslosigkeit, in enger Verzahnung mit anderen Hilfsangeboten wie Schuldnerberatung und psychosozialer Beratung. Eine Wohnungssicherungsstelle ist die Voraussetzung, dieses Ziel umzusetzen. Das wichtigste Ziel ist der Erhalt bestehenden Wohnraums. Wir wollen auch, dass Strom bei finanziellen Engpässen nicht abgeschaltet werden darf.

2. ERWERBSLOSIGKEIT

Die Situation der Beschäftigten in Offenbach hat sich in den letzten Jahren verbessert. Dennoch bleibt viel zu tun: Hier leben sehr viele Familien von der Grundsicherung für Erwerbslose. Denn zwei Drittel aller Erwerbslosen sind sogenannte ALG-II-Empfänger*innen. Sie erhalten Grundsicherungsleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem Sozialgesetzbuch II. Dabei lebt jedes dritte Offenbacher Kind in Armut. 28 Prozent unserer erwerbsfähigen Leistungsempfänger*innen haben zwar eine Arbeit, sind aber wegen niedriger Löhne und Teilzeitarbeit auf staatliche Hilfe angewiesen. Das betrifft besonders Alleinerziehende und kinder-

reiche Familien. Wir arbeiten daher weiter an einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir unterstützen die laufenden Programme zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt, wollen Teilzeitarbeitsplätze fördern, die Kinderbetreuung flexibler gestalten und Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Wir wollen, dass die Fördermittel für berufsbezogene Deutschkurse erhöht werden, um die Voraussetzung für qualifizierte Arbeitsplätze und bessere Berufschancen zu schaffen.

3. GESUNDHEIT

Die gesunde Ernährung von Kindern ist ein grünes Kernanliegen. Die Schuleingangsuntersuchungen zeigen jedoch, dass zu viele Offenbacher Kinder übergewichtig sind und ihre Zahngesundheit stark verbesserungswürdig. Wir setzen uns deshalb für eine Ernährungsbildung von Anfang an ein. Für die Kleinsten wollen wir in den Kitas ein gesundes Frühstück am Vormittag ermöglichen und weitere Angebote schaffen, um Ernährungswissen kindgerecht zu vermitteln. An Schulen unterstützen wir weiterhin die Bemühungen um einen zuckerfreien Vormittag. Ein wichtiger Beitrag dafür sind Trinkwasserspender, die alle sanierten und neu gebauten Schulen auf unser Drängen hin erhalten. Dabei fordern wir auch Geräte mit Sprudelmöglichkeit, um Kinder noch stärker zum Trinken von Leitungswasser zu motivieren. Darüber hinaus wollen wir auch auf das Land einwirken, dass nicht nur Pilotschulen, sondern alle Offenbacher Schule eine Gesundheitsfachkraft erhalten.

Präventionsangebote sind ein wesentlicher Baustein der lokalen Gesundheitsversorgung, um die physische und psychische Gesundheit zu erhalten. Wir haben in Offenbach zwar ein breites Beratungsangebot z. B. zu Suchtproblemen, psychosozialen Krisen, Gesundheit oder Schulden. Wir wollen aber prüfen, ob mehr dezentrale oder aufsuchende Angebotsformen geschaffen werden müssen, um mehr Menschen zu erreichen. So profitieren vor allem zugewanderte Menschen seltener von Präventions- und Gesundheitsangeboten, weil ihnen das Sozial- und Gesundheitswesen nicht ausreichend bekannt ist.

Seit 2019 kümmern sich in Offenbach die „Caritas Straßenambulanz“ und die „Maltenser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung“ um die medizinische Versorgung von Wohnungslosen und Menschen ohne Krankenversicherung. Neben der konkreten Hilfe bei gesundheitlichen Problemen vermitteln die Mitarbeiter*innen die Menschen auch zu weiteren Hilfs- und Beratungsangeboten. Wir wollen die

Träger dabei unterstützen, eine solide Finanzierung für den Erhalt dieser wichtigen Angebote zu finden.

Gemeinsam mit Frankfurt und gegebenenfalls anderen Kommunen wollen wir uns an einem städteübergreifenden Cannabis-Modellprojekt mit bundesweiter Wirkung beteiligen. Damit wollen wir einen Verbraucher*innenschutz und einen regulierten Zugang für Erwachsene erreichen.

4. KINDER UND JUGENDLICHE

Wir GRÜNEN legen einen Fokus unserer sozialpolitischen Arbeit auf die Bekämpfung von Kinderarmut. Zwar können wir an den Ursachen der ökonomischen Situation dieser Familien auf kommunaler Ebene nur begrenzt etwas verbessern. Aber wir können dazu beitragen, dass diese Kinder und Jugendlichen durch die ökonomische Familiensituation keine Nachteile erleiden. Konkret sind unsere Ziele,

- ein kommunales Handlungskonzept mit den beteiligten Institutionen, Trägern und Verbänden zu erarbeiten, um neue ineinandergreifende Hilfen für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien unserer Stadt zu entwickeln.
- den Zugang zu musischen, sportlichen und kulturellen Angeboten für von Armut betroffene Kinder und Jugendliche deutlich zu verbessern.
Hier erleben sie Selbstwirksamkeit, können beengten Wohnsituationen entfliehen. Sie lernen andere Lebenswelten kennen und finden auch ggf. fehlende Bezugspersonen. Dafür wollen wir die Kooperation von Vereinen mit Kitas, Schulen, Jugend- und Familienzentren fördern, um die Kinder in ihrem Sozialraum zu erreichen und ihnen Teilhabe zu ermöglichen.
- armutssensibles Handeln in der Verwaltung und in Bildungseinrichtungen zu verbessern.
Fachkräfte wollen wir darin schulen, z. B. verdeckte Armut zu erkennen und Unterstützungsangebote sensibel zu unterbreiten. Schulen und Kitas setzen häufig auf zusätzliche Elternbeiträge für Ausflüge, besondere Lernmittel und Klassenaktivitäten und grenzen damit unbewusst Kinder aus. Ideen wie Spiele- und Bücherausleihen oder Tauschbörsen und Sponsorensuche für Schulmaterial und Ausflugskosten müssen aktiv gefördert werden.

Kinder- und Jugendarbeit

Offenbach ist eine junge Stadt. Fast ein Drittel der Bevölkerung ist jünger als 18 Jahre. Investitionen in diesem Bereich sind Investitionen in unsere Zukunft: Jugend- und Familienzentren leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung im Lernalltag und zur Freizeitgestaltung, wobei sich Kinder aus allen Kulturen spielend integrieren lassen. Kinder und Jugendliche finden dort verlässliche Ansprechpartner*innen für ihre Sorgen und Nöte. In diesem Bereich wird es mit uns keine Kürzungen geben.

Die besondere Zusammensetzung unserer Stadtbevölkerung stellt uns vor besondere Herausforderungen. Insbesondere für Jugendliche aus sozial benachteiligten Milieus oder neu zugewanderte junge Menschen ist es oft nicht einfach, ihre Räume in der Stadtgesellschaft zu finden. Sie kennen in der Regel unsere Jugendhilfesysteme nicht und finden nicht immer den Weg in die Jugendhäuser, Vereine oder andere Anlaufstellen. Wir GRÜNEN möchten

- die politische Bildung der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt stärken;
- Aufsuchende Jugendarbeit in Offenbach weiterentwickeln.

Aufsuchende Jugendarbeit bedeutet ein niedrigschwelliges Angebot direkt vor Ort, freiwillig und ohne Bedingungen an die Jugendlichen. Wichtig dabei ist ein ganzheitlicher Ansatz, der die Jugendlichen vor dem Hintergrund all ihrer biographischen Muster und sozialen Bezüge sieht, auch in ihrer Geschlechtsidentität.

Wir wollen Kindern den öffentlichen Raum zugänglich machen (siehe Kapitel Stadtentwicklung). Die Entwicklung eines Spielflächenentwicklungsplanes soll aufzeigen, wie der öffentliche Raum bespielbar wird und von Kindern genutzt werden kann.

Politische Bildung ist mehr als der Unterricht in Schulen.

Vielmehr muss Demokratie für Kinder und Jugendliche durch Beteiligungsprozesse von Anfang an erfahrbar werden. Mit einem Demokratieprogramm in Kitas, das z. B. Kinderräte mit Entscheidungsrechten seitens der Kinder vorsieht, können Kinder früh verinnerlichen, was demokratische Prozesse bedeuten. Analog soll es in allen Jugendzentren ein Programm zur Förderung der Demokratie und Beteiligung geben.

Prävention gilt es auszubauen und finanziell zu unterstützen. Programme zur Gewalt-, Sucht- und Drogenprävention sowie Erziehungs- und Beratungsangebote

sollen weiterentwickelt werden. Mit der aufsuchenden Glücksspielprävention haben wir bereits ein wichtiges Projekt eingeführt und finanziell ausgestattet. Ein weiteres ist die Mediensuchtberatung des Suchthilfeszentrums Wildhof. Für uns GRÜNE gilt: Gute Präventionsarbeit erspart langfristig soziale Folgekosten. Wir machen uns dafür stark, dass der Stadtschüler*innenrat ausgebaut wird. Dazu gehören ein beratender Sitz im Schulausschuss und erweiterte Mittel.

5. SENIOR*INNEN

2017 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung ein Altenplan verabschiedet, die Maßnahmen werden derzeit umgesetzt. Mit der Schaffung der Koordinierungsstelle für offene Seniorenarbeit wurde zuletzt eine wichtige personelle Grundlage für eine stärker nachfrageorientierte Senior*innenarbeit in Offenbach geschaffen. Im Rahmen der neuen Stelle werden derzeit neue und an der aktuellen Lebenswirklichkeit von Senior*innen orientierte Angebote auf- und ausgebaut. Senior*innen werden immer aktiver, und in Offenbach werden kultursensible Angebote immer wichtiger. Mitunter vereinsamen Menschen, die Angebote nicht wahrnehmen können und von Altersarmut betroffen sind. Wir fordern daher

- zu prüfen, ob die ambulanten Beratungsangebote ausreichend und wirksam sind;
- mehr generationenübergreifende Begegnungsräume;
- die begonnene Politik der schrittweisen Durchsetzung der Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Raumes fortzusetzen;
- seniorengerechte Sitzgelegenheiten und Stadträume;
- eine kultursensible Altenpflege in unserer bunten Stadt.

6. VIELFALT

Wir GRÜNEN fordern, dass alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben und in allen gesellschaftlichen Bereichen selbstverständlich teilhaben können. Inklusion erkennt die Individualität und Vielfalt der Menschen mit all ihren Stärken und Schwächen an. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die frei ist von Barrieren, Vorurteilen und Diskriminierungen. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die allen Menschen einen möglichst selbstbestimmten und eigenständigen Zugang zu allen Aktivitäten des gesellschaftlichen Lebens eröffnen. Wir wollen den Dialog stärken und ermöglichen.

Die bereits begonnene Umsetzung des Kommunalen Aktionsplans Inklusion muss schnellstens fortschreiten. Um die Gleichbehandlung der Bewerber*innen mit besonderen Merkmalen, wie etwa hinsichtlich der sexuellen Identität, der sexuellen Orientierung oder einer vermeintlichen Migrationsgeschichte, zu gewährleisten, wollen wir ähnlich wie die Behinderten- und Frauenbeauftragten

- eine*n „Diversity“-Beauftragte*n in der Stadtverwaltung.

Inklusion

Die Stadt Offenbach hat in einem breiten Beteiligungsprozess den kommunalen Aktionsplan Inklusion erstellt, der im Juni 2018 von der Stadtverordnetenversammlung angenommen wurde. Damit haben wir einen guten Fahrplan zur Umsetzung von Inklusionsmaßnahmen für Offenbach. In einer ersten Staffel wurden seit 2019 vierzehn der Maßnahmen bearbeitet, die nächste Staffel hat in diesem Jahr begonnen. Wir werden prüfen, ob

- die Kapazitäten für die Umsetzung des kommunalen Aktionsplans Inklusion ausreichend sind;
- eine Fachberatung notwendig ist.

Barrierefreiheit

Die Teilhabe am Stadtleben setzt eine grundsätzliche Barrierefreiheit voraus. Das betrifft den gesamten öffentlichen Raum inklusive Schulen, Veranstaltungen, Fußgänger- und Straßenverkehr. Barrierefreiheit betrifft auch die Sprache. Es bedarf einer eng verzahnten Zusammenarbeit der Verwaltung mit dem Landeswohlfahrtsverband, dem Behindertenbeirat, dem Seniorenrat und den mit Menschen mit Beeinträchtigung arbeitenden Institutionen. Vorhandene Barrieren müssen erkannt und abgebaut werden, benötigte Hilfsmittel müssen bereitgestellt werden. Wichtig ist weiterhin, Informationen, Bildung und den Zugang/Umgang mit Medien so zu gestalten, dass entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention das Recht auf Informationszugang und Teilhabe gewährleistet ist, z. B. durch leichte Sprache (Hinweis: Dieses Programm gibt es in leichter Sprache.).

Herkunft

Die Offenbacher Bevölkerung besteht zu über 60 Prozent aus Menschen, die eine Migrationsgeschichte haben. Dank zahlreicher Freiwilliger und engagierter Beschäftigter in Verwaltung und Beratungsstellen, durch Vereine, Religionsgemeinschaften und Betriebe – und durch das Engagement der Neuoffenbacher*innen

selbst – fand und findet Integration in Offenbach alltäglich statt und ist längst Normalität.

Viele Menschen mit Migrationsgeschichte leben bereits in der dritten oder inzwischen vierten Generation in Offenbach, sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Sie stehen nicht mehr vor den gleichen Integrationshürden wie noch ihre Eltern und Großeltern. Sie brauchen in der Regel keine Unterstützung, die sich aus der für statistische Zwecke kreierten Zuschreibung „Migrationshintergrund“ ergibt. Gleichwohl werden aktuelle und zugleich polarisierende Fragestellungen mit dem Thema Migration verknüpft. Oft stecken ganz andere Fragestellungen und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse hinter den vordergründig als Migrationsdiskurs geführten Auseinandersetzungen. Hier müssen wir hinterfragen, worum es wirklich geht. Nach wie vor existieren Zugangsbarrieren im öffentlichen Dienst, auf dem Arbeitsmarkt und dem Wohnungsmarkt.

Es gibt weiterhin zahlreiche Offenbacher Neubürger*innen, die direkt aus dem Ausland nach Offenbach kommen. Zum Teil stammen sie aus armen Regionen, sind ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung und kommen mit Kindern, die ohne deutsche Sprachkenntnisse in unser Kita- und Schulsystem eintreten. Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung. Als Kommune haben wir die wichtige Aufgabe, sie zu unterstützen und ihnen gesellschaftliche Teilhabe von Anfang an zu ermöglichen. Deshalb unterstützen wir Kinder beim Erwerb der deutschen Sprache. Außerdem erleichtern wir ihnen den Zugang zu Sportvereinen, Musikunterricht, Angeboten der Jugendhilfe. Erwachsene gilt es, beim Zugang zum Erwerbsleben zu unterstützen und Teilhabe zu ermöglichen.

Wir GRÜNEN begrüßen die Weltoffenheit und Akzeptanz einer vielfältigen Gesellschaft, wie sie gerade auch in Offenbach auf vielfältige Art und Weise gelebt wird. In einer vielfältigen Stadtgesellschaft wie unserer erachten wir es als notwendig, uns an dem Ziel einer postmigrantischen Gesellschaft zu orientieren. Dabei muss die Vorstellung, wie unsere heterogene Gesellschaft zusammenlebt, von allen gleichberechtigt entwickelt und umgesetzt werden. Dies schafft Chancengleichheit und fördert den demokratischen Zusammenhalt. Wir setzen uns dafür ein, dass

- alle, die in Offenbach ihren Wohnsitz haben, an Kommunalwahlen teilnehmen können;
- Neubürger*innen mit besonderen Bedarfen Unterstützung beim Ankommen in Offenbach, beim Zugang zum Bildungssystem, zum Erwerbsleben und zum gesellschaftlichen Leben erhalten;

- das Projekt „Integrationslotsen“ des Freiwilligenzentrums weiter gefördert und ergänzt wird, es leistet viel;
- Migrant*innenvereine unterstützt werden;
- anonymisierte Bewerbungsverfahren in der öffentlichen Verwaltung konsequent umgesetzt werden, damit allein die Qualifikation der Bewerbung über eine Stellenbesetzung entscheidet;
- eine Statistik über die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung mit Migrationsgeschichte wie beispielsweise in Frankfurt eingerichtet wird. Von einer sichtbar wachsenden interkulturellen Vielfalt im öffentlichen Dienst erhoffen wir uns eine Vorbildfunktion, die auf alle Bereiche des Lebens in der Stadt ausstrahlt.
- Beratungsangebote gegen Diskriminierung im privatrechtlichen Bereich wie Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt etc. angeboten und gefördert werden.

Kultursensibilität

Sprachkompetenzen sind ein Reichtum, den wir fördern wollen. Sie sind Teil der Identität und ermöglichen Vorteile am Arbeitsmarkt. Neben der beruflichen Qualifizierung ist es jedoch wichtig, weitere Muttersprachen im Bildungssystem anzuerkennen und zu etablieren. Ferner besteht in allen Lebensabschnitten, von der Kinder- und Jugendarbeit bis hin zur Seniorenarbeit ein großer Bedarf an kultursensiblen Angeboten. Erste gute Beispiele in Offenbach decken dieses Aufgabefeld noch längst nicht ab. Wir werden uns dafür einsetzen,

- Sprachförderung auch im Bereich der Muttersprachen auszubauen;
- Anbieter für unsere Stadt zu gewinnen, die Personal für die kultursensible Pflege ausbilden.

LSBTQIA*

Wir GRÜNEN machen uns auch in Offenbach stark für Chancengleichheit und die gesellschaftliche Teilhabe von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgeschlechtlichen, intergeschlechtlichen, asexuellen und queeren Menschen (LSBTQIA*). Diskriminierung wegen der sexuellen oder geschlechtlichen Identität oder des geschlechtlichen Ausdrucks hat keinen Platz in einer weltoffenen Stadt. Im engen Austausch mit den lokalen Akteur*innen der LSBTQIA*-Community wollen wir GRÜNEN

- die Sichtbarkeit von LSBTQIA* erhöhen und auch hier Orte der Begegnung schaffen sowie ein spezifisches Beratungs-, Freizeit- und Sportangebot unterstützen.

* einer anderen als der heterosexuellen Geschlechtsidentität zugehörig

In Schulen und Bildungseinrichtungen wollen wir Programme fördern, um Diskriminierung abzubauen und Wertschätzung zu steigern. Die Situation von LSBTQIA*-Jugendlichen verlangt besonderes Augenmerk, hier besteht trotz gesellschaftlicher Fortschritte weiterhin großer Unterstützungs- und Aufklärungsbedarf.

Auch LSBTQIA* werden älter. Es bedarf weiterer Aufklärungsarbeit in Alten- und Pflegeeinrichtungen, damit LSBTQIA* auch im Alter ohne Angst vor Diskriminierungen leben können. Wir GRÜNEN unterstützen daher

- Beratungsangebote für Alten- und Pflegeeinrichtungen;
- den Beitritt der Stadt zum Rainbow Cities Network.

Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Wir GRÜNEN verurteilen rassistische, diskriminierende und extremistische Haltungen in unserer Stadt. Wir fordern

- einen Aktionsplan gegen Rassismus und Extremismus;
- gemeinsam mit Einrichtungen Konzepte zu entwickeln, um Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen bei der Prävention gegen Rechtsextremismus und anderen menschenfeindlichen Haltungen zu unterstützen;
- Fortbildungsangebote zu interkultureller Kompetenz und Sensibilisierung für Rassismus für städtische Bedienstete auszubauen und in die Ausbildungspläne aufzunehmen;
- Hilfsangebote für Personen, die in Gefahr stehen, sich zu radikalieren.

Gerade im Jugendbereich brauchen wir die Aufklärung über die Gefahren menschenverachtender und totalitärer Weltanschauungen. Die Stadt und ihre Repräsentant*innen sollen weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen, um rassistischem Treiben wirksam Einhalt zu gebieten. Widerstand tut Not, wenn Organisationen den öffentlichen Raum für Veranstaltungen zu nutzen versuchen, bei denen z. B. antisemitische oder rassistische Hassreden geschwungen, Minderheiten diffamiert oder die Grundlagen unseres Rechtsstaates in Frage gestellt werden.

Flüchtlingspolitik

Grüne Politik will die Rechte von Geflüchteten und Asylsuchenden schützen, denn Asyl ist ein Menschenrecht und hat nichts mit Almosen zu tun. Wir müssen die konkreten Schicksale derer erkennen, die bei uns Schutz suchen. Viele Offenbacher kennen die Ursachen von Flucht, manche haben selbst erlebt, was es heißt, aus der Heimat zu fliehen – als Folge von Krieg oder politischer Verfolgung.

Die Gesundheitsversorgung der Menschen hat Vorrang. Für Geflüchtete gelten einige Besonderheiten, die von der regulären Versorgung innerhalb der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung abweichen. Insbesondere erhalten sie in den ersten 18 Monaten des Aufenthalts weniger Leistungen als gesetzlich Versicherte. Es werden nur akute Krankheiten und Schmerzen behandelt. Als GRÜNE unterstützen wir eine nachhaltige Lösung des Problems durch Aufnahme der Geflüchteten in die gesetzliche Krankenversicherung.

Wir GRÜNEN fordern Integrations- und Teilhabemöglichkeiten auch für Geflüchtete. Sprache ist eine wesentliche Brücke zur Integration und Teilhabe. Daher wollen wir Geflüchteten Sprachkurse ermöglichen. Hier zählt zweierlei: ehrenamtliche Hilfe für erste Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten sowie anerkannte Sprachkurse für die Integration in Gesellschaft und Berufswelt.

Wir möchten ebenfalls erreichen, dass Asylbewerber*innen Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten wahrnehmen können und schnell in Arbeit kommen.

Wir sind überzeugt: Die Aufnahme, Versorgung und Integration von Geflüchteten und Asylbewerber*innen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Der Bund muss sich stärker und dauerhaft an der Finanzierung von Integrationsmaßnahmen für Asylsuchende und Geflüchtete beteiligen.

Asyl

Die Situation der geflüchteten Menschen in anderen Teilen der EU, wie beispielsweise auf den griechischen Inseln und an unseren Außengrenzen, ist für uns GRÜNE unerträglich. Die dort herrschenden Missstände und Lebensbedingungen sind unmenschlich. Zwar können wir als Kommune keine Lösungen anbieten. Wir haben allerdings eine klare Haltung:

Wir fordern eine europäische Lösung und eine Bundesregierung, die entschlossen auf dieses Ziel hinarbeitet. Wir brauchen nachhaltige Lösungen, durch die vermieden wird, dass jemand – und erst recht kein Kind – länger in einem überfüllten Camp wie in Moria auf Lesbos leben muss. Regierungen, Länder und Städte müssen verpflichtet werden, geflüchteten Menschen Schutz zu gewähren. Offenbach ist eine Stadt, die ihre Vielfalt und ihre reiche Geschichte auch darauf zurückführen kann, dass Fremde und geflüchtete Menschen hier schon immer willkommen waren und Teil unserer Stadt wurden. In diesem Geiste hat Offenbach auch heute Platz für Menschen in Not.



III. Bildung



ZUKUNFT MACHEN
WIR ZUSAMMEN

Gute Bildung darf nicht vom Elternhaus abhängen. Wir wollen, dass alle Offenbacher Kinder und Jugendlichen von Anfang an ihre Talente entfalten können – auch wenn sie schwierige Startbedingungen haben. Eine optimale Förderung von der Krabbelstube bis zum Schulabschluss und dem Übergang Schule / Beruf ist unser erklärtes Ziel. Wir setzen uns daher für einen bedarfsgerechten Ausbau des Platzangebots in Tagespflege, Kita, Hort und Ganztagschule ein. Dabei müssen wir zukunftssträchtig planen, denn Offenbach wächst schnell. Die Sanierung und Erweiterung sowie der Neubau von Schulen haben für uns Priorität. Digitale Angebote müssen ausgebaut werden, und zwar sowohl die technische Infrastruktur als auch die mediendidaktische Kompetenz. Die dringliche Digitalisierung unserer Schulen muss durch eine bessere Infrastruktur, mehr IT-Personal und Maßnahmen für mehr Medienkompetenz von Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern vorangebracht werden. Und auch außerhalb von Kita und Schule darf es nicht an attraktiven Lernangeboten fehlen, z. B. in den tollen Offenbacher Museen und beim breit gefächerten Kursangebot unserer Volkshochschule.

1. KITAS

Bedarfsgerecht

Mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesstätten haben wir in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt unserer politischen Arbeit gesetzt. Dieses Engagement werden wir beibehalten. Das Angebot muss sich auch am Bedarf der Eltern orientieren: Hier wollen wir uns vor allem für flexible Angebote einsetzen, um z. B. im Schichtdienst oder in Vollzeit arbeitenden Eltern noch mehr verlässliche und hochwertige Betreuungsmöglichkeiten zu bieten, auch in Randzeiten. Aufgrund unserer Initiative gibt es dazu bereits erste Umsetzungen solcher Konzepte. Dieses wollen wir bedarfsgerecht noch weiter verstärken.

Qualität

Der Ausbau von Kita-Plätzen darf nicht auf Kosten der Qualität gehen. So setzen wir GRÜNEN uns für eine Qualitätsoffensive ein: Die Sprachförderung ist und bleibt eine wichtige Aufgabe für die Offenbacher Kitas. Nicht nur zugewanderte Kinder anderer Muttersprache, auch Kinder originär deutschsprachiger Eltern haben zunehmend Schwierigkeiten im sprachlichen Ausdruck. Deshalb fordern wir,

- die von den GRÜNEN initiierte erfolgreiche vorschulische Sprachförderung an einzelnen Kitas („Vorlaufkurse“) als Regelangebot in allen Kitas einzuführen.

Erzieher*innen

Im Rhein-Main-Gebiet stehen wir in einer großen Konkurrenz um Fachpersonal für unsere Kindertageseinrichtungen. Wir konnten in der vergangenen Legislaturperiode zahlreiche Maßnahmen in Gang setzen, um die städtischen Kitas für Arbeitnehmer*innen zu einem noch attraktiveren Arbeitsplatz zu machen: Entfristung der Stellen, Jobticket, Hilfe bei der Wohnungssuche und Betreuungsplätze für städtische Bedienstete. Für die Fachkräftegewinnung ist das Thema Ausbildung von großer Bedeutung. Mit dem Einstieg in die duale und damit bezahlte Ausbildung ist ein wichtiger Schritt gegangen worden, um die Attraktivität des Berufseinstiegs zu erhöhen. In die Ausbildung von Erzieher*innen wollen wir investieren. Deshalb fordern wir das Land Hessen auf, auch

- für Kitas einen Sozialindex einzuführen, um Kitas mit besonderen Bedarfen mit mehr Personal ausstatten zu können.

Familienzentren

Der Ausbau von weiteren Einrichtungen zu Familienzentren ist ein wesentliches Element, um Bildungs- und Beratungsangebote wohnortnah und niedrigschwellig zu den Familien zu bringen. Damit wollen wir Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken und allen Kindern ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Auch Kinder, die (noch) keine Kita besuchen, sollen durch ein entsprechendes Angebot eine frühzeitige Förderung erfahren, und ihre Eltern für die Vorteile frühkindlicher Bildung sensibilisiert werden. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das in die Jahre gekommene Jugendzentrum im Lauterborn nicht nur wieder auf-, sondern zu einem Familienzentrum ausgebaut wird. Für eine Ausweitung solcher Einrichtungen setzen wir uns ein.

Übergang

Der erfolgreiche Einstieg in die Grundschule ist eine wesentliche Weichenstellung für den Bildungsweg eines Kindes. Schon früh wollen wir daher Eltern und Kinder auf die Einschulung vorbereiten. Wir setzen uns weiter für die Erarbeitung einheitlicher Kooperationsstandards zwischen Kitas und Grundschule ein.

2. SCHULE

Schulbau

Da Offenbach sehr schnell wächst, müssen wir nicht nur unsere Schulen sanieren, sondern diese auch mit höchster Priorität erweitern und neue Schulen bauen. Das tun wir trotz hoher finanzieller Lasten aus voller Überzeugung. Wir werden in den nächsten Jahren drei neue Grundschulen bauen. Ein deutlich größerer Neubau der Fröbelschule befindet sich im Bau. Die Kapazitäten der Offenbacher Gesamtschulen werden im Moment massiv erweitert. Zudem wird ein neues sechszügiges Gymnasium gebaut, die Edith-Stein-Schule erhält eine eigene Oberstufe. Genauso zügig wollen wir weiterhin trotz der schwierigen finanziellen und personellen Lage Offenbachs jede Chance nutzen, die noch ausstehenden Sanierungen an unseren Schulen vorzunehmen.

Bei diesen Baumaßnahmen werden wir in enger Abstimmung mit den Schulen darauf achten, dass wir optimale Voraussetzungen für eine moderne Unterrichtsgestaltung und attraktive Ganztagsangebote schaffen.

Ganztagsschulen

Wir setzen den Bildungsplan um und verwirklichen konsequent das Recht auf einen ganztägigen Grundschulplatz ab 2025. Mit den bewährten Ganztagsklassen an Offenbacher Grundschulen sind wir in Offenbach schon lange Vorreiter. Der flächendeckende Ausbau ganztägiger Angebote über unsere bewährten Ganztagsklassen oder durch Ganztagsschulen (Profil 3 des Landes Hessen) ist unser Ziel.

Deshalb fordern wir, dass

- jedes Kind, das in einer Offenbacher Schule einen Ganztagsplatz möchte, auch einen solchen Platz bekommt.

Auch weiterführende Schulen sollen wie bisher dabei unterstützt werden, ihr Ganztagsangebot zu erweitern, indem die räumlichen Voraussetzungen dafür im Zuge von Sanierungen oder Neubauten geschaffen werden.

Parallel zu echten Ganztagsklassen wollen wir die Schulen und Fördervereine weiterhin dabei unterstützen, ihre beliebten flexiblen Angebote aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Hierbei ist es uns ein besonderes Anliegen, die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen zu befördern, denn daraus entstehen sehr attraktive sportliche und kulturelle Angebote für Kinder. Alle Kinder sollen damit die Chance bekommen, eine Sportart auszuüben oder ein Instrument zu erlernen und dabei in das Vereinsleben integriert zu werden.

Digitalisierung

Die Corona-Krise hat gezeigt: Unsere Offenbacher Schulen sind digital noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Alle Schulen verfügen zwar bereits über einen Breitbandanschluss, der flächendeckende schnelle WLAN-Ausbau in den Gebäuden ist aber noch nicht fertiggestellt. Wir wollen diesen Ausbau in allen Offenbacher Schulen zügig vorantreiben und sie mit geeigneter Hard- und Software ausstatten. Wir sind stolz darauf, dass wir noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie besonders schnell Gelder aus dem Digitalpakt für unsere Schulen beantragen konnten und nun verwenden können.

Beim Land Hessen setzen wir uns für ausreichende Schulungen der Lehrer*innen ein. Denn die beste Ausstattung hilft nichts, wenn sie nicht angewendet werden kann.

Wir GRÜNEN werden uns beim Land und Bund dafür einsetzen, dass das Geld für digitale Bildung und Ausstattung ausreichend, effizienter und nachhaltig eingesetzt wird. Dabei dürfen die Schulen nicht nur Geld für Ausstattung und WLAN-Ausbau bekommen, sondern auch für Folgekosten wie Softwarelizenzen und vor allem IT-Personal. Deshalb fordern wir

- IT-Fachleute mit medienpädagogischen Kenntnissen an allen Schulen, um das reibungslose digitale Arbeiten an jeder Schule zu gewährleisten.

In Corona-Zeiten wurde deutlich, dass eine landesweit einheitliche Schul-Lernplattform wie z. B. Moodle sinnvoll ist. Ferner ist für gelingenden Onlineunterricht ein geeigneter Server notwendig, der auch stabile Videokonferenzen in Klassenstärke sicherstellt.

Die Bildungschancen von Kindern dürfen nicht länger von der digitalen Ausstattung und Medienkompetenz der Eltern abhängen. Auch Kinder ohne Drucker und Laptop müssen die Möglichkeit haben, erfolgreich online zu lernen. Für Familien, die sich keine geeigneten Endgeräte leisten können, wollen wir auf Leihbasis die notwendige Hardware zur Verfügung stellen. Dazu gehört auch eine medienpädagogische und technische Begleitung.

Zukunftssicherheit

Zukunftssicherheit für Schulen bedeutet, dass Schulhöfe und Bewegungsflächen für Kinder großzügig gestaltet werden. Kinder brauchen Platz auf dem Schulhof, um in den Pausen zu toben, um Sport zu machen, und für Ganztagsaktivitäten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass

- Schulhöfe und Bewegungsflächen bei Schulneubauten großzügig eingeplant werden.

Wir müssen bei baulichen Maßnahmen den Klimawandel mitdenken und für einen angemessenen Schutz der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte sorgen. Lärmschutz, vor allem vor Fluglärm und vor starkem Nachhall in den Gebäuden, ist wichtig. Lärmschutz, Lüftung und Kühlung müssen an allen Schulen optimal funktionieren. Raumklima und Lärmschutz lassen sich durch Fassadenbegrünung verbessern. Ebenso lässt sich damit auch das Schulgelände optisch ansprechender und lebendiger gestalten. Deshalb fordern wir,

-
- Standards für Raumklima und Lärmschutz bei Schulneubauten an die Erfordernisse des Klimawandels anzupassen.

Sozialarbeit

Wir GRÜNEN begrüßen die durch das Land geschaffenen neuen Sozialarbeiter*innenstellen an unseren Schulen, da sie dringend benötigt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass jede Offenbacher Schule ein bis zwei eigene unbefristet eingestellte Sozialarbeiter*innen hat und die Jugendhilfe an Schulen weiter ausgebaut wird. Ergänzend zur Schulsozialarbeit wollen wir Angebote ausbauen, die Eltern bei der schulischen Begleitung ihrer Kinder unterstützen. Das ist vor allem für neuzugewanderte Eltern hilfreich, die den deutschen Schulalltag nicht aus eigener Erfahrung kennen. So bietet beispielsweise die Volkshochschule (vhs) mehrsprachige Infoabende zum deutschen Bildungssystem oder Elternabende zum Übergang in die weiterführende Schule an. Solche Formate tragen dazu bei, dass alle Eltern kompetent über den Bildungsweg ihrer Kinder entscheiden können. Wir GRÜNEN setzen uns beim Land Hessen dafür ein, dass

- nicht nur Pilotschulen, sondern jede Schule eine Gesundheitsfachkraft erhält, die die Schulsekretariate, Schulsozialarbeiter*innen und Lehrkräfte entlasten;
- die Anzahl von Schulsekretariatsstellen in den Offenbacher Schulen an die aktuellen Schüler*innenzahlen und an neue Anforderungen angepasst wird.

3. BILDUNGSORT OFFENBACH

Auch außerhalb der staatlichen Bildungsinstitutionen wollen wir ein reichhaltiges Bildungsangebot fördern. So wollen wir museumspädagogische Angebote in den Offenbacher Museen fördern, die allen Offenbacher Kindern zugutekommen können. Dies gilt besonders, wenn zielgerichtet in den Ganzttag und in jahrgangsspezifisch verpflichtende Unterrichtsthemen gut integrierbare Angebote gemacht werden. Wir machen uns außerdem stark für

- den Ausbau umweltpädagogischer Bildungsangebote für Kinder, wie z. B. zum Wissen über die Bedeutung des Waldes für Klima und Mensch in Zusammenarbeit mit dem Forstamt.

Wir begreifen die Stadtteilbüros auch als Lernorte. Sie sollen für Bürger*innen stärker nutzbar gemacht werden, indem sie mehr Bildungsangebote in der Nachbarschaft ermöglichen. Hier können Alt und Jung zusammenkommen oder Initiativen Raum finden, um ihr Wissen unkompliziert zu vermitteln.

Die Volkshochschule hat ein breitgefächertes und kostengünstiges Kursangebot. Wir möchten das Angebot an Deutschkursen an der Volkshochschule bedarfsgerecht ausbauen und mehr digitale Angebote dafür schaffen. Wir wünschen uns, dass Datenschutz, digitale Bildung und Umweltbildung als Themen stärker berücksichtigt werden.

Mobile Bildungsangebote für Kinder in Stadtteilen wie das Spielmobil oder das Jugendkunst-Mobil haben sich bewährt. Darum wollen wir mehr solcher Angebote und werden solche Initiativen unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, neben der Hochschule für Gestaltung eine weitere Hochschule in Offenbach anzusiedeln. Studiengänge mit ökologischer und nachhaltiger Ausrichtung oder zukunftsweisenden Technologien wären nicht nur eine Bereicherung für die Offenbacher Bildungslandschaft, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor.



Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel GRÜNER Politik. Wir GRÜNEN stehen dafür ein, Lebensentwürfe von Frauen in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit anzuerkennen, zu akzeptieren und zu fördern. Frauen sollen frei von Diskriminierungen leben und sich entfalten können.

Teilhabe und Mitbestimmung

Mit der Frauenquote und der Mindestparität ist unsere Partei einen wichtigen Schritt vorausgegangen. In Offenbach sind wir GRÜNEN bislang die einzige Partei, die konsequent mindestens die Hälfte ihrer Stadtverordnetenmandate mit Frauen besetzt. Die Wahrung der Grundsätze des Hessischen Gleichstellungsgesetzes, namentlich die Chancengleichheit von Mann und Frau voranzutreiben, hat für uns oberste Priorität. Nur so kann gewährleistet werden, dass Frauen die gleiche Teilhabe in allen sozialen und beruflichen Bereichen erhalten, um die Welt auch zukünftig in gleichen Anteilen und aus weiblichen Perspektiven mit gestalten und verändern zu können. Deshalb fordern wir

- die paritätische Besetzung aller öffentlichen Gremien und Ämter.

Kommissionen, Beiräten, Verwaltungs- und Aufsichtsräten sowie sonstigen Gremien sollen mindestens zur Hälfte Frauen angehören, wie es § 12 des hessischen Gleichberechtigungsgesetzes verlangt. In Offenbach sind von 123 Aufsichtsrät*innen beispielsweise nur 25 weiblich. Das ist ein Anteil von 20,3 Prozent und weit entfernt von einer gleichmäßigen Verteilung von Frauen und Männern. Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, das zu ändern.

Geschlechtergerechtigkeit

Ein Gender-Budget für den Offenbacher Haushalt fungiert als Kontrollorgan darüber, ob öffentliche Gelder gleichermaßen für die Bedürfnisse von Frauen und Männern ausgegeben wurden. Werden Fördermittel im Sport- und Vereinswesen in gleichen Anteilen nach männlichen und weiblichen Interessen verteilt? Wurden die Unterstützungsleistungen der Corona-Hilfen gerecht an Frauen und Männer vergeben? Wir fordern eine transparente Verteilung der Mittel und werden deren Nutzen für Frauen und Männer überprüfen. Geschlechtergerechte Politik bedeutet auch, kommunale Ressourcen geschlechtergerecht zu verteilen. Nur so können wir Diskriminierung beenden und die Gleichstellung von Frauen aktiv fördern. Deswegen fordern wir

- die Einführung eines Gender-Budgets für den Offenbacher Haushalt.

Familie und Beruf

Auf Betreiben u. a. von uns GRÜNEN trat die Stadt Offenbach am 29. Januar 2016 der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene bei. Sie verpflichtete sich damit, auf verschiedenen Handlungsfeldern gleichstellungspolitische Ziele aufzustellen und systematisch umzusetzen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die allen Menschen gute Entwicklungsmöglichkeiten bietet – unabhängig von Geschlecht und Herkunft. 2018 beschlossen die Offenbacher Stadtverordneten einen Aktionsplan zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit konkreten und nachhaltig ausgerichteten Maßnahmen. Ein Teil der Maßnahmen wurde bereits umgesetzt:

- die Bekanntmachung und Weiterverbreitung von guter Praxis in Unternehmen;
- die Förderung des Wiedereinstiegs in den Beruf;
- die Förderung der Teilzeitausbildung.

Eine zentrale, aber noch nicht umgesetzte Maßnahme dieses Aktionsplans zur Unterstützung von Familien bei ihrer Alltagsorganisation ist die Familienservicestelle.

Wir fordern daher

- die Einrichtung einer Familienservicestelle.

Auch wenn die Maßnahmen des ersten Aktionsplans umgesetzt wurden, sollte dieser Prozess in einer weiteren Themen- und Schwerpunktsetzung mit der Erarbeitung eines zweiten Aktionsplans seine Fortsetzung finden. Einen solchen Auftrag werden wir in der kommenden Periode erteilen.

Weiterhin bedarf es passender Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, Familienleben und Beruf miteinander zu vereinbaren. Insbesondere für Alleinerziehende – mehrheitlich Frauen – hängt die Teilnahme am Arbeitsleben von einer familienfreundlichen Infrastruktur ab, wie Kinderbetreuung, gemeinschaftliche Wohnformen usw. Wir fordern daher, dass

- Betreuungsplätze im Vorschulalter, Kita und U3 (für unter Dreijährige) sowie die Nachmittagsbetreuung in Schulen weiter ausgebaut werden, und
- flexible Öffnungszeiten.

Frauen im Beruf

Uns GRÜNEN ist es wichtig, vorhandene Ausbildungsplätze durch betriebliche Aktivitäten gleichermaßen für Mädchen und Jungen zu öffnen und Mentoring-Projekte dauerhaft zu etablieren. Mentor*innen begleiten Frauen individuell und helfen so, den Einstieg in den Arbeitsmarkt oder in die Führungsetagen von Unternehmen zu erleichtern.

Insbesondere pädagogische Berufe und solche in der Kranken- oder Altenpflege werden vergleichsweise häufig von Frauen ausgeübt und schlechter als andere Berufsgruppen vergütet. Neben der Vergütung sind auch die Ausbildungsbedingungen meist schlechter. Wir GRÜNEN setzen uns ein für

- eine bessere Bezahlung von Berufen in den pädagogischen Bereichen sowie der Alten- und Krankenpflege und
- bessere Ausbildungsbedingungen.

Gewalt gegen Frauen

Geschlechtsspezifische Gewalt, Gewalt gegen Frauen und Mädchen, ist eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung. Die Istanbul-Konvention verpflichtet zu einer bedarfsdeckenden, wohnortnahen, allgemein zugänglichen und angemessenen In-

frastruktur, um Gewaltschutz und Unterstützung zu garantieren. In Deutschland ist die Istanbul-Konvention durch ein Bundesgesetz im Februar 2018 in Kraft getreten. Die Maßnahmen zu Gewaltschutz und Unterstützung sind nicht länger freiwillige Leistungen der Daseinsvorsorge der Kommunen, sondern staatliche Pflichtaufgaben. Wir müssen in Offenbach für die kommunale Umsetzung der Istanbul-Konvention sorgen. Wir fordern zur Umsetzung der Konvention daher

- umfassend politisch koordinierte Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und eine Bestandsbewertung der aktuellen Situation in Offenbach;
- die Entwicklung einer Gesamtstrategie zur Gewaltprävention.

Gewaltschutz ist eine Querschnittsaufgabe durch alle Bereiche. Derzeit ist es so, dass Frauen grundsätzlich in den Frauenhäusern eine Tagespauschale bezahlen müssen. Frauen, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, aber die Kosten nicht tragen können, werden häufig abgewiesen. Wir denken: Jede Frau sollte unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Aufenthaltsstatus oder einem Leistungsanspruch einen Anspruch auf Schutz haben. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass in der Bundespolitik eine einheitliche Lösung dafür gefunden wird. Auch sollten Frauen, die nach einem Aufenthalt im Frauenhaus eine eigene Wohnung suchen, prioritär berücksichtigt werden. So wollen wir

- städtische Baugesellschaften zur prioritären Versorgung dieser Frauen verpflichten und private Vermieter*innen dafür gewinnen. Bislang existiert dazu nur eine freiwillige Selbstverpflichtungserklärung. Die Praxis hat gezeigt, dass dies nicht ausreicht. Wir werden darauf drängen, dass betroffene Frauen schnellstmöglich eine Wohnung finden.

Die Beratungsstelle Halte.Punkt unterstützt professionell in Offenbach seit 2017 Betroffene, Angehörige und pädagogische Fachkräfte, um das Thema der sexualisierten Gewalt aus der Tabuzone zu holen. Wir setzen uns dafür ein, dass

- die Beratungsstelle eine höhere finanzielle Förderung erhält, um ihre personellen Ressourcen sicherstellen und ausweiten zu können.

Nur so ist es möglich, nicht nur die derzeitigen Beratungsangebote beizubehalten, sondern das Angebot auf alle Formen der körperlichen Gewalt auszuweiten und in der Öffentlichkeit intensive Aufklärungsarbeit zu leisten.

Auch der 2014 beschlossene Kooperationsverbund, der Opfern von Vergewaltigung

gen eine medizinische Ersthilfe im Sana-Klinikum und im Ketteler-Krankenhaus ermöglicht, stellt einen wichtigen Meilenstein zur Verbesserung des Hilfesystems dar. Dieses Angebot muss unterstützt und gefördert werden und auf andere Formen der Gewalt, wie das Delikt der Körperverletzung, erweitert werden.

Wohnungslosigkeit

Wir fordern eine statistische Erhebung darüber, wie viele Frauen in Offenbach von Obdachlosigkeit betroffen sind. Legt man Bundesstatistiken zugrunde, so muss man vermuten, dass es sich bei 30 Prozent der von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen um Frauen handelt. In Offenbach gibt es derzeit allerdings lediglich Anlaufstellen mit Übernachtungsmöglichkeiten für Männer. Daher fordern wir

- eine statistische Erhebung darüber, wie viele Frauen in Offenbach von Obdachlosigkeit betroffen sind;
- bei Bedarf eine Unterkunft für Frauen als Übernachtungsmöglichkeit zu schaffen.

Statistiken

Nicht nur in Bezug auf Wohnungslosigkeit sind die vorliegenden statistischen Erhebungen in Bezug auf Frauen mangelhaft. Auch in anderen Bereichen, wie beispielsweise beim Bildungsbericht, lässt sich nicht erkennen, wie stark Frauen und Mädchen von positiven oder negativen Trends betroffen sind. Wir fordern, dass bei allen statistischen Erhebungen der Stadt immer geschaut wird, wie die Geschlechter betroffen sind.

Frauen prägen Offenbach

Vor 2016 waren weniger als 10 Prozent aller Offenbacher Straßen, Brücken, Wege und Plätze nach Frauen benannt. 2015 entschieden die Stadtverordneten auf unser Betreiben hin, verstärkt auf weibliches Wirken in der Stadt hinzuweisen und den Frauenanteil bei künftigen Benennungen zu erhöhen. Das Frauenbüro wurde beauftragt, eine Vorschlagsliste mit zu würdigenden Persönlichkeiten vorzulegen. Aufgrund dieses Beschlusses wurde eine Liste mit 31 Namen von Offenbacher weiblichen Persönlichkeiten vorgelegt. Das zuständige Gremium hat inzwischen Frauen auf die Vorschlagsliste zur Straßenbenennung übernommen und beschlossen, dass

- zukünftig vorrangig Frauennamen für eine Benennung vorgeschlagen werden.

Wir werden den Beschluss weiterhin beachten und seine stringente Umsetzung aktiv vorantreiben.



V. Beteiligung und Engagement



ZUKUNFT MACHEN
WIR ZUSAMMEN

1. VEREINE

Über 360 Vereine machen die Stadt durch ihre wertvolle Arbeit bunter und lebenswerter. Sie haben einen großen Anteil am gesellschaftlichen Leben in der Stadt und stellen eine große Bereicherung dar. Wir GRÜNEN wollen, dass das Engagement der vielen ehrenamtlich Tätigen weiterhin unterstützt wird. Daher werden wir uns dafür einsetzen,

- die Vereinsarbeit mit gezielten Fördermaßnahmen auch finanziell zu unterstützen.

Haus der Vereine

Vereine und Initiativen leisten in unserer Stadt einen besonderen Beitrag. Um den vorhandenen Bedarf an Arbeits- und Begegnungsräumen zu decken, wollen wir ein „Haus der Vereine“ schaffen. Hierin könnten sich gerade die kleineren Vereine Räume teilen. Ein geeigneter Standort zur dauerhaften Nutzung könnte der Hauptbahnhof Offenbach sein.

2. BÜRGER*INNENBETEILIGUNG

Leitlinien

Die Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung sind von uns GRÜNEN auf den Weg gebracht worden. Mit den Leitlinien schaffen wir einen verbindlichen und konstanten Rahmen für eine regelhafte Beteiligung. Durch die Erarbeitung der Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung in einem gemeinsamen Prozess zwischen Bürger*innen, Verwaltung und Politik haben wir einen Anfang gemacht, hin zur verbindlichen und konstanten Beteiligung der Bürger*innen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und uns dafür einsetzen, dass die Richtlinien mit Leben gefüllt und umgesetzt werden. Deshalb fordern wir,

- die für Bürger*innenbeteiligung erforderliche Stelle in der Verwaltung schnell zu schaffen und wichtige Komponenten der Richtlinien, wie zum Beispiel die Vorhabenliste und das Initiativrecht, dauerhaft in den Verwaltungsregularien zu verankern.

Um sicherzustellen, dass Beteiligung in Offenbach die Breite der Stadtgesellschaft erreicht, wollen wir

- in der Stadt Bürger*innenräte als ergänzende Elemente unserer repräsentativen Demokratie und der aktuell eingesetzten oder beschlossenen Bürger*innenbeteiligungsformen erproben.

Die Bürger*innenräte sollen in Form eines Pilotprojekts zu perspektivischen Zukunftsfragen von stadtweiter Bedeutung oder für Zukunftsfragen auf Quartiersebene aus zufällig gelosten Bürger*innen zusammengesetzt werden, zu klar definierten anlassbezogenen Fragestellungen (Beispiel: „Wie soll das Wachstum der Stadt / des Quartiers für alle verträglich gestaltet werden?“) beraten und die Ergebnisse der Diskussion Politik und Verwaltung als Empfehlungen vorlegen.



VI. Finanzen und Stadtkonzern



ZUKUNFT MACHEN
WIR ZUSAMMEN

© Mattananz3 - pixabay

Der Offenbacher Haushalt bringt schon lange viele Herausforderungen für die Kommunalpolitik mit sich. Auch wenn Offenbach aus dem Schutzschirm des Landes entlassen ist und uns das Land mit der Hessenkasse erneut entlastet hat, sind wir neue Verpflichtungen eingegangen und müssen uns weiter einschränken. Der kommunale Finanzausgleich des Landes Hessen (KFA), die stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und die Investitionsprogramme der vergangenen Jahre sind gute Schritte für unsere Stadt – sie verschaffen uns aber noch keinen nachhaltig sanierten und konsolidierten Haushalt, geschweige denn die Freiheit Handlungsspielräume zurückzugewinnen. Um dies zu erreichen, treten wir weiterhin für eine solide und transparente Haushaltspolitik ein.

1. STEUERN UND FINANZEN

Unsere grundlegende Forderung ist, dass die Finanzierung der Stadt Offenbach auf nachhaltige und stabile Beine gestellt wird. Kommunale Ausgaben, die aufgrund von Bundes- und Landesgesetzen entstehen, sollen auch von Bund und Land getragen werden. Dies ist aber noch lange nicht erreicht. Deshalb fordern wir

- eine gerechte Lastenaufteilung jener kommunalen Ausgaben, die durch die Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzen verursacht werden.

Unser Ziel einer stabilen und nachhaltigen Kommunalfinanzierung wird nur schrittweise und vermutlich langsam erreicht werden können. Unter den jetzigen Rahmenbedingungen braucht die Stadt eine solide Finanzierung auf Basis eigener Einnahmen. Einer reinen Wachstumslogik bei der Ansiedlung von neuen Bewohner*innen und Gewerbe folgen wir aber nicht. Neben wirtschaftlichen Kriterien sind soziale, infrastrukturelle und ökologische Aspekte einzubeziehen. Wachstum der Stadt muss weiter möglich sein, aber als qualitatives, nachhaltiges Wachstum.

Die massive Erhöhung der Grundsteuer in der ablaufenden Wahlperiode war ein einschneidendes Ereignis, das wir GRÜNEN aus Verantwortung mitgetragen haben, wohl wissend, dass die Belastungen für viele Offenbacher*innen eine große Hypothek sind. Deshalb wollen wir

- die Belastung der Bürger*innen durch die Grundsteuer wieder reduzieren, wenn es die städtischen Finanzen erlauben;
- Bagatellsteuern, insbesondere die Glücksspiel- oder die Wettsteuer, überprüfen und anheben, sofern dies rechtssicher machbar ist;
- prüfen, ob Offenbach die Voraussetzung zur Erhebung einer Tourismusabgabe erfüllt und diese wenn möglich einführen.

Eine Tourismusabgabe, wie in Frankfurt bereits praktiziert, kann touristische Besucher*innen beim Erhalt und der Entwicklung der touristischen und kulturellen Infrastruktur unserer Stadt finanziell heranziehen. In Offenbach werden bereits jetzt über 500.000 Übernachtungen pro Jahr gezahlt. Mit dem zunehmenden Hotelangebot in Offenbach wird die Anzahl an Übernachtungen langfristig weiter steigen. Konservativ geschätzt sind davon gut 20 Prozent touristische Übernachtungen, bei denen man rechtlich eine Abgabe erheben darf.

Zudem werden wir die Ergebnisse der 2021 anstehenden Evaluation des 2019 eingeführten freiwilligen Polizeidienstes in Offenbach nutzen, um kritisch zu prüfen, ob die Ergebnisse eine Fortsetzung des Projekts rechtfertigen.

Wir wollen sicherstellen, dass Rücklagen oder Sondervermögen der Stadt nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitragen, zur Produktion von Kriegswaffen oder

auf Kosten von Natur und Menschen Rendite erwirtschaften. Deshalb fordern wir,

- dass die Stadt sich eine Anlagerichtlinie gibt, die sich an ethischen, sozialen und ökologischen Kriterien orientiert.

2. SOH UND STADTVERWALTUNG

Der Stadtkonzern ist ein Garant für die Sicherstellung der Daseinsvorsorge. Die ökologische und soziale Entwicklung unserer Stadt kann ohne den zielgerichteten Einsatz des Stadtkonzerns kaum erreicht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Vielfalt der Offenbacher Stadtgesellschaft auch in der Mitarbeiterschaft des Konzerns widerspiegelt, von der Führungsspitze über das mittlere Management bis zur Arbeitsebene. Eine Möglichkeit hierfür sind anonymisierte Bewerbungsverfahren, die ausgeweitet werden sollen. Aber auch weitere Ansätze, wie ein konzernweites Diversity Management und das Formulieren von Zielsetzungen, beispielsweise in Form von Quoten, sind denkbar.

Die Beschaffung des Stadtkonzerns und der Stadtverwaltung müssen dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Produkte und Dienstleistungen, die die Unternehmen des Stadtkonzerns erwerben, müssen umweltverträglich und unter fairen Bedingungen produziert worden sein. Deshalb fordern wir,

- dass der Stadtkonzern sich dem deutschen Nachhaltigkeitskodex verpflichtet und jährlich öffentlich über seine Aktivitäten im Rahmen eines Nachhaltigkeitsreports berichtet.
- dass in die Beschaffungskriterien der Stadtverwaltung regelhaft die Kriterien des deutschen Nachhaltigkeitskodex einfließen.

Auch von Subunternehmern ist die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien sicherzustellen.

Die Bewirtschaftung der Immobilien des Konzerns soll noch stärker an Nachhaltigkeitskriterien orientiert werden. Gebäude sollen energieeffizient betrieben werden und nach Möglichkeit Energie erzeugen. Die Umstellung des Fuhrparks auf emissionsarme oder -freie Antriebe soll weiter konsequent vorangetrieben werden. Ziel ist, aktiv zur Umsetzung der Pariser Klimaziele beizutragen.



VII. Wirtschaft

Wirtschaftsstandort

Die Standortbedingungen Offenbachs sind hervorragend: Mitten im Rhein-Main-Gebiet gelegen, durch Anschlüsse an Fahrradschnellwege, Bahnnetz, Autobahnen und Flughafen sowie einen gut ausgebauten und sich stetig weiterentwickelnden ÖPNV finden Firmen, Selbstständige und Arbeitnehmer*innen eine attraktive Verkehrsinfrastruktur vor.

In Sichtweite von Offenbach befindet sich auf der anderen Mainseite einer der weltweit größten Internetknotenpunkte. Dadurch wird Offenbach als Standort für Firmen der Internetökonomie und -infrastruktur immer interessanter. Wenn neue Rechenzentren in Offenbach geplant werden, setzen wir uns für ein möglichst großes Maß an Energieeffizienz ein und werden prüfen, ob die Abwärme zur Fernwärmeversorgung von Wohn- und Geschäftshäusern genutzt werden kann. Wir wollen zeitnah eine Bestandsaufnahme über bestehende und geplante Rechenzentren einleiten, deren fiskalische und ökonomische Effekte sowie deren Wirkungen auf Stadtentwicklung, die Energieversorgung und für die Erreichung der Klimaziele erheben lassen und kommunale Handlungsfelder und Vorgaben auf Energie- und Abwärmeeffizienz der Rechenzentren sowie die Nutzung von nachhaltigen Energien ausloten lassen. Wo es auf große Datenmengen und schnelle Übertragung ankommt,

können nur wenige Kommunen in Deutschland ähnliche Stärken aufbieten. Diesen Standortvorteil wollen wir nutzen und wo möglich mit guten Rahmenbedingungen fördern. Dies gilt übrigens nicht nur für die Glasfaserkabel-gebundene Kommunikation, sondern auch für den neuen Mobilfunkstandard 5G, der Offenbach als einer der ersten Kommunen in Deutschland zur Verfügung steht. Diesen wollen wir nutzen, um in Offenbach insbesondere für Firmen, die auf das „Internet der Dinge“ oder „Industrie 4.0“ angewiesen sind, einen attraktiven Standort zu bieten.

Durch den Kauf des ehemaligen Allessa-Geländes stehen Offenbach noch große Flächen zur Gewerbeansiedlung zur Verfügung. Dies bietet die einmalige Chance, wirtschaftsstarke Unternehmen ein neues Zuhause im Rhein-Main-Gebiet zu bieten. Diese einmalige Gelegenheit wollen wir nutzen, innovative Unternehmen, die Arbeitsplätze vor Ort schaffen, nach Offenbach zu holen. Einen besonderen Fokus richten wir dabei auf die Bildung von sogenannten Wirtschaftsklustern, bei denen sich Firmen einer Branche ortsnahe ansiedeln, um so bei allem Wettbewerb untereinander gemeinsam an Attraktivität zu gewinnen. Diese Standortqualität gilt es noch stärker zu vermarkten.

1. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Eine Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung ist bereits beschlossen. Künftig wird sie das Standort- und Innenstadtmarketing verantworten und damit auch das Zukunftskonzept Innenstadt vorantreiben. Daher gehört es künftig noch stärker zu den Aufgaben der Wirtschaftsförderung, neben der Neuansiedlung auch Unternehmen am Standort zu halten und zu beraten.

Mögliche Maßnahmen dafür sind Schulungs- und Beratungsangebote sowie gemeinsame Marketingkonzepte und das Nutzen von Förderprogrammen.

2. DIGITALISIERUNG UND DATENSCHUTZ

Schnelles Internet ist heute ein wichtiger Bestandteil von Teilhabe und Kommunikation und gehört zur Daseinsvorsorge. Wir fordern für alle Stadtteile ein kostenloses öffentliches WLAN. Dafür bieten sich zentrale Treffpunkte, wie beispielsweise Stadtteilbüros, Einkaufszonen, aber auch öffentliche Plätze und Bushaltestellen

an. In Einkaufszonen sind Kooperationen mit dem Einzelhandel denkbar, auch um ihn zu stärken. Jedoch gehört ein öffentliches Netz in die öffentliche Hand. Dabei ist es uns wichtig, dass

- die WLAN-Hotspots den Prinzipien der Datensparsamkeit, der anonymen Nutzung und Netzneutralität entsprechen.

Weniger Bürokratie und schnellere Genehmigungsverfahren, z. B. für Baugenehmigungen, hängen oftmals an der personellen Ausstattung der städtischen Verwaltung. Auch in Zeiten finanziell angeschlagener Kassen und eines Fachkräftemangels setzen wir uns weiterhin dafür ein, Prozesse zu digitalisieren und zu automatisieren.

Damit Bürger*innen und Unternehmer*innen sich viele Wege in Ämter sparen, macht sich die Stadtverwaltung bereits auf den Weg zu mehr Digitalisierung. Wichtig wird eine integrierte Planung im E-Government sein, die alle Aktivitäten mit Weitblick koordiniert und Kosten spart. Es ist an uns GRÜNEN, immer wieder einzufordern, dass die Chancen der Digitalisierung genutzt, aber auch Datensicherheit und Datenschutz gewährleistet werden. Deshalb fordern wir

- für die voranschreitende Digitalisierung der Verwaltung ein Sicherheitskonzept, das die Sicherheit der Server und Daten der Kommune und der Bürger*innen gewährleistet.

Die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung bietet auch die Chance, Daten einfacher zu veröffentlichen. Deshalb wollen wir in der Verwaltung

- ein Open-Data-Projekt, das Daten, die die Verwaltung erhebt und die nicht dem Datenschutz unterliegen, der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

Perspektivisch wollen wir die Videoüberwachung in Offenbach vermindern. Daher prüfen wir weiterhin, ob bestehende Anlagen weiter notwendig sind. Der Erneuerung von Anlagen wird nur zugestimmt, wenn vorher das Weiterbestehen des Bedarfs anhand von messbaren Kriterien belegt wurde. Für neue Anlagen sehen wir bislang keinen Bedarf.

3. INNENSTADT UND EINZELHANDEL

Das 2020 beschlossene Zukunftskonzept Innenstadt hat konzeptionelle Vorschläge für einen zukunftsweisenden Wandel der Innenstadt aufgezeichnet. Die Attraktivität der Innenstadt in den nächsten 10 Jahren sukzessive zu erhöhen, gehört zu einer der zentralen Aufgaben der Stadtpolitik. Mit den in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudien für die großen Bauprojekte (Station Mitte / neue Stadtbücherei und Kaufhaus Kosmopolis) und drei Pilotprojekten sind erste Schritte zur Umsetzung des Konzepts eingeleitet worden. Einen entscheidenden Fortschritt wird man langfristig nur in enger Kooperation mit den Immobilieneigentümer*innen in der Innenstadt zuwege bringen. Hierzu prüfen wir die Einrichtung eines innerstädtischen Geschäftsquartiers (INGE). In Zusammenarbeit mit den Eigentümer*innen muss ein Maßnahmen- und Finanzierungskonzept erarbeitet werden. Darüber hinaus streben wir ein zu entwickelndes Fondsmodell an, das zum Ziel hat, die Höhe von Ladenmieten nicht ausschließlich von Marktbedingungen bestimmen zu lassen. Wir sind davon überzeugt, dass

- eine eigenständige Projektsteuerung zur Umsetzung des Zukunftskonzepts Innenstadt notwendig ist.

Grünes Band

Nicht zuletzt aus Klimagründen sehen wir das Projekt des „Grünen Bands“ als ein Schlüsselprojekt des Zukunftskonzepts Innenstadt. Es bietet die Chance, die Innenstadt hinsichtlich des Stadtbilds und in Hitzephasen im Sommer eindeutig zu verbessern. Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, dass dieses Projekt prioritär verfolgt wird.

Stadtteile

In den Stadtteilen Bürgel und Bieber bestehen sehr gute Einzelhandelsstrukturen zur örtlichen Nahversorgung. In beiden Stadtteilen kann ein breites Sortiment auch an ökologischen und regionalen Lebensmitteln erworben werden. Wir bemühen uns weiter darum, diese Strukturen zu erhalten, und wollen sie als wichtige Bestandteile ihrer Stadtteile unterstützen.

Den Einzelhandel in den Stadtteilen werden wir dabei unterstützen, zukunfts-feste Konzepte zu entwickeln.



1. KULTUR

Die Welt mit anderen Augen sehen und erleben – genau das ist es, was Kultur in all ihren Facetten zu leisten vermag. Grüne Kulturpolitik heißt zuvorderst, die kulturelle Vielfalt unserer Heimatstadt nicht nur zu wahren, sondern weiterzuentwickeln. Dabei werden wir sogenannte Hochkultur bzw. Subkultur gleichberechtigt behandeln und fördern.

Wo es trotz unserer schwierigen finanziellen Lage möglich ist, werden wir GRÜNEN mit Leidenschaft Möglichkeiten suchen, diese Förderungen in die Tat umzusetzen. Nicht zuletzt sind auch die Kulturschaffenden in unserer Stadt durch die Corona-Pandemie stark in ihrer Aktivität gebremst worden. Umso mehr gilt es, das kulturelle Leben in unseren Möglichkeiten zu fördern.

Wir werden sowohl professionelles als auch ehrenamtliches Engagement mit allen Kräften unterstützen und arbeiten daran, gemeinsam mit Politik, Stadtgesellschaft und interessierten Offenbacher*innen unserer städtischen Kultur und den Kulturorten die Wege zu ebneten.

Kulturentwicklungsplanung

Als zentralen Punkt der kommenden Legislaturperiode sehen wir GRÜNEN den dringenden Bedarf für einen Kulturentwicklungsplan, der im Rahmen eines Beteiligungsprozesses erarbeitet werden soll. Hierzu werden Akteur*innen aus dem Offenbacher Kulturleben einbezogen. Die Stärken und Schwächen der Kultur in Offenbach sollen herausgearbeitet sowie Ziele definiert werden, um für die kommenden Jahre Schwerpunkte für den Kulturentwicklungsplan zu erarbeiten. Im Ergebnis wird die vorhandene kulturelle Vielfalt in Offenbach erkennbarer werden, Zugänge werden niederschwellig geöffnet, materielle Ausstattungen verbessert und neue Perspektiven geschaffen.

Kulturelle Bildung und Teilhabe

Der Zugang zu kultureller Bildung muss für alle, besonders für Kinder und Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen, möglich sein. Daher setzen wir uns dafür ein, dass

- ein Förderprogramm „Kulturelle Bildung“ entwickelt wird.

Schulen, Bildungs- und Sozialeinrichtungen und Kulturinitiativen wird es somit möglich sein, gemeinsame Projekte der kulturellen Bildung zu realisieren. Das Förderprogramm wird unter anderem folgende Maßnahmen entwickeln: Förderung museumspädagogischer Angebote, von Festivals, Theater- und Musikaufführungen sowie die Förderung von Initiativen und Maßnahmen zur Teilhabe an kultureller Bildung (Beispiel „Kulturtickets“).

Kultur finanzieren

Die Diskrepanz zwischen kreativer Freiheit und dem Zwang, mit ihrem Schaffen Geld zum Lebensunterhalt verdienen zu müssen, stellt Künstler*innen schon immer vor große Herausforderungen, in diesen Zeiten in besonderem Maße. Sie verdienen unseren ganzen Respekt und wir fühlen uns verpflichtet, im Rahmen unserer Möglichkeiten deren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Kultur-Stipendium

Um die Bedeutung von Kunst und Kultur wertzuschätzen, fordern wir

- ein einjähriges „Kultur-Stipendium“ für Künstler*innen in Offenbach.

Einer Künstler*in wird für ein Jahr ein monatliches Einkommen aus dem städtischen Etat von 1.000 Euro garantiert. In dieser Zeit lebt die jährlich von der Kulturkommission ausgewählte Person in Offenbach und kann sich künstlerisch verwirklichen.

Kulturförderung

Die derzeitigen Richtlinien sehen in Offenbach für die freie Szene lediglich Förderungen für Kulturvereine vor. Wir werden an den Richtlinien arbeiten, sodass auch künstlerische Initiativen oder Projekte Anträge auf Kulturförderung stellen können.

Die Kapazitäten auf den städtischen Dreiecksständern zur Plakatierung von Kulturveranstaltungen reichen nicht aus. Wir werden dafür Sorge tragen, dass mehr Kulturveranstalter in Zukunft Platz auf den Ständern erhalten werden.

Kulturfonds Frankfurt RheinMain

Neben der Kooperation mit anderen Veranstalter*innen im Rhein-Main-Gebiet muss die Vernetzung von kulturellen Einrichtungen der Stadt weiterhin verbessert werden, sodass kulturelle Projekte aus Offenbach befähigt werden, die Hürde des Mindestprojektbudgets in Höhe von 30.000 Euro zu nehmen. Hieran werden wir zusammen mit dem Amt für Kulturmanagement arbeiten.

Kreative Zwischennutzungen

Wir fordern eine aktuelle Bestandsaufnahme für Kunst nutzbarer, leer stehender Räume für Kreative in Offenbach. Damit wollen wir projektbezogene Zwischennutzungen durch Künstler*innen und Kreative im gesamten Stadtgebiet fördern.

Zollamt-Studios

Die Zollamt-Studios, die einst als Übergangslösung für die vom Abriss der Mato-Fabrik betroffenen, raumsuchenden Künstler*innen geschaffen wurden, sind ein Erfolgsmodell. Hier vereinen sich Künstler*innen und Gewerbetreibende der Kreativbranche. 2021 läuft der 5-Jahres-Mietvertrag aus. Eine Anschlusslösung für die Mieter der Zollamt-Studios ist unabdingbar und muss so früh wie möglich sichergestellt werden.

Hauptbahnhof

Der zentral in der Innenstadt liegende Hauptbahnhof birgt großes Potenzial. Die Arbeit der Initiative Hauptbahnhof hat das Thema wieder auf die Agenda gebracht und es wurde eine Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung und Sanierung des Emp-

fangsgebäudes beauftragt. Wir GRÜNEN möchten die politischen Rahmenbedingungen so gestalten, dass möglichst schnell ein tragfähiges Betreibermodell entwickelt wird. Oberstes Ziel ist, das Empfangsgebäude für die Öffentlichkeit und zur Aufwertung der Stadtteile Innenstadt und Senefelder-Quartier zu erhalten. Der Initiative soll unter der Mitwirkung weiterer Akteurinnen ermöglicht werden, die vielfältigen Ideen zur Sanierung und Belebung des gebeutelten Kulturdenkmals HBF OF zeitnah umzusetzen.

„wallsOFchange“

Wir wollen – angelehnt an Vorbilder wie Mannheim, Dulwich (UK), Malaga und Lissabon – in Offenbach urbane Fassadenkunst auf hohem Niveau etablieren. In Zusammenarbeit mit den städtischen Tochterunternehmen, dem Gebäudemanagement und Offenbacher Unternehmen sollen Flächen in der Stadt ausgewiesen werden, auf denen Street-Art nicht nur entstehen kann, sondern auch entstehen darf. Auch Privatpersonen sollen ermuntert werden, Teile ihres Eigentums freier Kunst zur Verfügung zu stellen und damit das Bild der Stadt bunter werden zu lassen. So werden gemeinsam mit internationalen und lokalen Künstler*innen jährlich mehrere bis zu hausgroße Kunstwerke entstehen, die unserem Image und insbesondere dem Stadtmarketing, gerade auch nach den Erfahrungen der genannten Vorläuferstädte, einen enormen Schub verleihen werden. Zur Realisierung dieser „wallsOFchange“ bedarf es enger Kooperation von Investor*innen, Immobilienfonds, Hauseigentümer*innen, Verwaltung und Sponsor*innen aus der lokalen Wirtschaft. Zusätzlich sollen hierfür Finanzierungen aus geeigneten Stiftungsgeldern und Landesförderungen akquiriert werden. Einen ersten Eindruck kann man auf www.wallsofchange.de erhalten.

Flächen für Graffiti

Um Kunst im öffentlichen Raum zu fördern und Sprayern Gestaltungsräume zu geben, ohne dass unerwünschte Begleiterscheinungen wie die Verschmutzung von Privatgebäuden entstehen, wollen wir Wände gezielt für Graffitikunst freigeben. Geeignete Orte wären z. B. die Mauern rund um das heutige Allessa-Gelände oder auch Lärmschutzwände.

2. SPORTSTADT OFFENBACH

Sport und Bewegung sind menschliche Grundbedürfnisse. Sport fördert die Gesundheit, bringt Lebensfreude und stärkt das soziale Miteinander. In Offenbach wird Sport zu einem großen Teil von einem großartigen zivilgesellschaftlichen

Engagement in Vereinen getragen. Wir GRÜNEN unterstützen das und sehen die soziale Dimension des Sports wie Integration, Toleranz, Prävention und die dazugehörigen Werte für ein Miteinander von Generationen.

Wir werden einen Fitness-Parcours und einen Trimm-dich-Pfad schaffen, der für alle zugänglich und barrierefrei ist. Dazu werden sowohl Waldwege als auch gut zugängliche Orte ausgesucht.

Sportstättenentwicklungsplan

Mit dem Sportstättenentwicklungsplan, den wir GRÜNEN mit in Auftrag gegeben haben, setzen wir auf eine verlässliche Sportpolitik, die wir fortsetzen möchten. Dabei wollen wir das Niveau unserer städtischen Sportinfrastruktur konsequent anheben und ausbauen und legen einen Schwerpunkt in den Werterhalt der Sportanlagen. Es gilt, den Bedarf des Breiten- und Spitzensports fair zu verteilen und künftig auf neue Entwicklungen in Offenbach vorbereitet zu sein.

Ehrenamt und Verwaltung

Mit der Forderung nach regelmäßigen Sprechstunden für Vereine im Amt für Kultur und Sportmanagement wollten wir den Bedarf insbesondere bei kleineren Vereinen nach eingehender Beratung der ehrenamtlich Tätigen decken. Wir werden daran arbeiten, dass die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und der freien Vereinsszene weiter verbessert wird. Daher möchten wir prüfen lassen, ob die Sportverwaltung wieder den Status eines eigenständigen Amtes erhalten sollte. Das Sportamt könnte künftig auch für den Unterhalt der Sportstätten und die Förderung des nicht organisierten Individual- oder Gesundheitssports sowie die Beratung der Vereinsfunktionäre für die Ausübung ihrer Tätigkeit zuständig sein.

Wiener Ring

Wir werden dafür sorgen, dass das Sportgelände „Wiener Ring“ dem Breitensport erhalten bleibt. Die erhebliche Integrationsarbeit, die beispielsweise ein Verein wie die SG Wiking leistet, kann nur bei Erhalt der Spielflächen fortgesetzt werden. Eine Verdrängung des Breitensports durch den Profisport können wir nicht mittragen.

Jugendarbeit im Sport

Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Sportkreis, der Sportjugend Offenbach / Hessen, den Schulen und dem Jugendamt intensivieren. Die Kooperation mit Sportvereinen, den Stadtteilprojekten mit sozialpädagogischer Ausrichtung wie dem Boxclub Nordend oder Fanprojekten für Kickers Offenbach wollen wir weiter ausbauen.

Jugendgästehaus / Hostel

Für internationale Jugendbegegnungen und sportliche Wettbewerbe steht kein Haus für Übernachtungen zur Verfügung. Wir wollen im Zusammenhang mit der Wiederbelebung des Hauptbahnhofs und der Gründung eines Hauses der Vereine auch ein Jugendgästehaus / Hostel einrichten.

Die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen zur Kommunalwahl 2021

- | | | | |
|----|------------------------|----|---------------------------|
| 1 | Dr. Sybille Schumann | 29 | Dr. Kirsten Riechmann |
| 2 | Tobias Dondelinger | 30 | Alois Reichenbach |
| 3 | Sabine Grasmück-Werner | 31 | Ricarda Rosenow |
| 4 | Zijad Dolicanin | 32 | Mehmet Ali Selcuk |
| 5 | Dr. Sabrina Engelmann | 33 | Meret Baumgardt |
| 6 | Wolfgang Malik | 34 | Frank Leithäuser |
| 7 | Sabine Leithäuser | 35 | Elmar Werner |
| 8 | Olaf Zimmermann | 36 | Clara Schneider |
| 9 | Hülya Selcuk-Tuna | 37 | Holger Weiß |
| 10 | Kai Schmidt | 38 | Maren Schöne |
| 11 | Basak Taylan-Kiran | 39 | Christian Stumpf |
| 12 | Sascha Meier | 40 | Jessica Schön |
| 13 | Brigitte Koenen | 41 | Phil Friedhelm Goldbecker |
| 14 | Henning Kühl | 42 | Susanne Schmitt |
| 15 | Patricia Bhend | 43 | Antal Wahlers |
| 16 | Edmund Flößer-Zilz | 44 | Bettina Prien |
| 17 | Natascha Kabir | 45 | Domingo Garcia |
| 18 | Ivan Greguric | 46 | Aline Krämer |
| 19 | Regina Umbach-Rosenow | 47 | Björn Wolf |
| 20 | Hanif Aroji | 48 | Barbara Wolfraum |
| 21 | Fanny Sackis | 49 | Lukas Best |
| 22 | Dr. Hubert Braun | 50 | Sabine Groß |
| 23 | Selina Müller | 51 | Tarek Al-Wazir |
| 24 | Boris Neidich | 52 | Birgit Simon |
| 25 | Michelle Mallwitz | 53 | Peter Schneider |
| 26 | Jörg Engelmann | | |
| 27 | Petra Baumgardt | | |
| 28 | Jürgen Schmittel | | |

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

OFFENBACH AM MAIN

